

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kistringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsverfall, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 2. März 1931

Im Auftrag
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Ein erster Abschnitt.

Von Paul Hertz.

SPD. Mit der rechtzeitigen Annahme des Reichsetats hat der Reichstag eine Tat vollbracht, die noch vor wenigen Monaten als fast unmöglich angesehen wurde. Nur einmal, im Jahre 1928, ist es seit dem Ausbruch des Weltkrieges gelungen, den Reichsetat rechtzeitig zu verabschieden, in allen übrigen Jahren wurde ganz oder teilweise mit Notetats gearbeitet. Aber wie günstig war damals die finanzielle und politische Lage Deutschlands im Vergleich zu der jetzigen, die durch die Weltwirtschaftskrise, die Belastung der deutschen Wirtschaft mit fünf Millionen Arbeitslosen, den drohenden Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen und die Erschütterung des Vertrauens als Folge des 14. September als fast ausweglos angesehen wurde! Es ist verständlich, dass die Reichsregierung angesichts dieser gewaltigen Häufung der Schwierigkeiten noch im November die Absicht hatte, den Reichsetat für 1931 durch die Notverordnung vom 1. Dezember in Kraft zu setzen. Man glaubte nicht daran, dass der Reichstag ihn ordnungsgemäss beraten und rechtzeitig verabschieden könne, man zweifelte an seiner Arbeitsfähigkeit, und man wollte ihn deshalb sobald als möglich wieder vertagen.

Hermann Müller war es, der diese Pläne der Reichsregierung durchkreuzte. Im Namen der Sozialdemokratie erhob er Einspruch, dass der Reichstag vor vollendete Tatsachen gestellt werde, dass man ihm mit Hilfe des Artikels 48 das Etatrecht nehme. Er verlangte, dass wenigstens der Versuch gemacht werde, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments im Kampf um die Annahme des Etats wieder herzustellen. Die Sozialdemokratie verhehlte sich keinen Augenblick, dass diese Aufgabe ungeheuer schwierig sei und gerade ihr eine schwere Verantwortung aufbürden werde. Sie entschied sich trotzdem für diesen dornenvollen Weg, um alles getan zu haben, den Parlamentarismus zu retten und das Abgleiten in die Diktatur zu verhindern.

Dass dieser Entschluss richtig war, wird nicht nur dadurch bewiesen, dass das angestrebte Ziel erreicht worden ist. Durch den Auszug von Nationalsozialisten und Deutschnationalen wurden zwar die Beratungen technisch vereinfacht und erleichtert. Aber die dadurch geschaffene Scheinmehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten stellte gleichzeitig eine politische Belastungsprobe dar, die leicht zur völligen Arbeitsunfähigkeit des Reichstags hätte führen können. Sie vergrösserte die Verantwortung der Sozialdemokratie, in den Augen der Massen wurde sie im Parlament zum entscheidenden politischen Faktor. Man erwartete von ihr, dass sie jetzt der bürgerlichen Minderheit ihre Bedingungen diktieren würde. Aber diese Anschauung übersah vollkommen, dass das entweder dazu führen würde, die noch im Parlament verbliebenen Rechtsgruppen auch zum Verlassen des Parlaments zu veranlassen - wodurch automatisch die Unfähigkeit des Reichstags, überhaupt Beschlüsse zu fassen, herbeigeführt worden wäre, - oder sie zu zwingen, sich den Hitler und Hugenberg in die Arme zu werfen, die dann als die Retter und zugleich die Herrscher zurückgekehrt wären.

Die Sozialdemokratie musste von dieser Scheinmehrheit umso vorsichtiger

Gebrauch machen, als die letzte Entscheidung über die Beschlüsse des Reichstags im Reichsrat fällt. Die Mehrheitsverhältnisse im Reichsrat sind aber ganz anders als im Reichstag und deshalb hat der Reichsrat den Beschlüssen des Reichstags mehrmals seine Zustimmung verweigert. Das ist z.B. bei dem Beschluss der Fall gewesen, dender Reichstag über die Wiederherstellung der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch gefasst hat, und dasselbe Schicksal ereilte auch die Verbesserung des Brotgesetzes. Wider Erwarten ist das jetzt sogar bei den Steuererhöhungen eingetreten, die unter der Führung der Sozialdemokratie gegen den Willen der Regierung vom Reichstag beschlossen worden waren. Obgleich sowohl für die Erhöhung der Aufsichtsratssteuer als auch für die Erhöhung des Notopfers der höheren Einkommen eine ganze Anzahl von bürgerlichen Abgeordneten gestimmt haben und obgleich die Erträge dieser Steuererhöhungen grösstenteils den Ländern und Gemeinden zufließen sollten, hat der Reichsrat beide Steuererhöhungen abgelehnt.

Unter diesen Umständen musste sich die Sozialdemokratie damit begnügen, alles zu versuchen um die gefährdeten sozialen Errungenschaften zu schützen. Die Ermächtigung zur Sparsamkeit, die der Reichsregierung erteilt worden ist, gilt nicht für die gesetzlich gebundenen Ansprüche. Veränderungen in der Sozialversicherung und bei den Leistungen an die Kriegsbeschädigten können daher nur auf dem in der Verfassung vorgesehenen Weg herbeigeführt werden. Zwar ist das kein absoluter Schutz, da der Reichsregierung neben dem Weg der ordentlichen Gesetzgebung auch der der Notgesetzgebung durch Artikel 48 zur Verfügung steht. Aber die Reichsregierung weiss, dass Absichten, auf dem Wege über den Artikel 48 Kürzungen an den kargen sozialen Leistungen vorzunehmen, nicht nur auf den erbitterten Widerstand der Sozialdemokratie, sondern auch der Gewerkschaften aller Richtungen stossen würden. Die Ermächtigung zur selbständigen Festsetzung der Zölle ist gegenüber den ursprünglichen Absichten der Regierung sehr stark eingeschränkt worden. Der Schutz der Konsumenten gegen eine Steigerung der Lebensmittel bzw. des Brotpreises wurde so eindeutig festgelegt, wie das gesetzestechisch möglich ist.

Immerhin wird man damit rechnen müssen, dass die parlamentarische Erledigung des Reichsetats erst den Anfang der Sanierung der deutschen Wirtschaft bedeutet und nicht das Ende. Kann man auch hoffen, dass nun das für eine Belebung so wichtige Vertrauen des In- und Auslandes vergrössert wird und eine Verminderung der Erwerbslosenzahl eintritt, so bleiben dennoch noch grosse Aufgaben zu lösen. Es hat sich herausgestellt, dass die Senkung der Löhne, von der sich die Reichsregierung eine Verminderung der Erwerbslosenzahl versprochen hat, ihr Stegen nicht hat verhindern können. Nicht Lohnabbau, sondern Erhaltung des Reallohns muss deshalb der Kern der Wirtschaftspolitik sein. Daneben ist an die Arbeitsstreckung als Mittel zur Verminderung des Erwerbslosenheeres zu denken.

Auf keinen Fall darf die weitere Sanierungsarbeit auf dem Rücken der breiten Massen der Bevölkerung ausgetragen werden. Schon melden sich die Ratgeber, die die Regierung mahnen, die vom Reichstag beschlossene Vertagung zu benutzen, um selbständig die ihr geeignet erscheinenden Eingriffe vor allem in die Sozialversicherung vorzunehmen. Es sei dem Reichstag nicht zuzumuten, dass er in seiner jetzigen Zusammensetzung so unpopuläre Massnahmen billige. Der Weg der Notverordnung sei auch jetzt der geeignete Weg. Wir können gegenüber solchen Absichten nicht früh und ernst genug zur Zurückhaltung und Besonnenheit mahnen. Die Sozialdemokratie und mit ihr die arbeitenden Volksmassen haben entscheidend mitgewirkt, dass Demokratie und Parlamentarismus erhalten geblieben sind. Damit haben sie die Grundlage für die Wiederherstellung des Vertrauens gelegt, die für eine Wirtschaftsbelebung unerlässlich ist. Die verlangen nunmehr aber auch, dass der weitere Weg der Sanierung nicht mit neuen Opfern für sie belastet wird. Weder Lohnabbau noch Sozialabbau sind geeignete Massnahmen um die Wirtschaftskrise zu überwinden. Sie gefährden auch die politische Beruhigung und erschweren den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Massenelend.

SPD. Am Sonnabend begeht Friedrich Bartels, Präsident des Preussischen Landtags und Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei seinen 60. Geburtstag.

Aus kleinsten Anfängen hervorgegangen, arbeitete sich Friedrich Bartels schon in jungen Jahren zu einem massgebenden Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung empor. Er begann seine Laufbahn in der Gewerkschaftsbewegung, übernahm später das Amt eines Sekretärs in der Sozialdemokratischen Partei und wurde 1913 in deren Vorstand berufen. In der Zwischenzeit und auch später sah ihn die Öffentlichkeit dank des Vertrauens, dessen er sich nunmehr seit Jahrzehnten in allen Schichten der Arbeiterbewegung erfreuen darf, wiederholt in wichtigsten Vertrauensstellungen der Sozialdemokratischen Partei. Eine ganz besondere Ehre wurde dem heutigen Jubilar vor Jahren durch die Wahl zum Präsidenten des Preussischen Landtages zuteil. Seine Sachlichkeit, sein Taktgefühl und sein ausgleichender Charakter liessen ihn zu diesem hohen Amt besonders berufen erscheinen. Das Vertrauen, das eine grosse Mehrheit des preussischen Landtages seinerzeit in seine Objektivität und seine Fähigkeiten zur Führung der Geschäfte des preussischen Parlaments setzte, hat Friedrich Bartels voll und ganz gerechtfertigt. Er erfreut sich heute bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein allgemeiner Hochachtung, auf die wir mit ihm stolz sind.

Unsere herzlichsten Glückwünsche zum heutigen Tage gelten dem Menschen und dem Politiker Friedrich Bartels. Wir verbinden sie mit der Hoffnung, dass es ihm noch recht lange vergönnt sein möge weiterhin an verantwortungreicher Stelle im Interesse der deutschen Arbeiterschaft erfolgreich zu wirken.

SPD. Hannover, 27. März (Eig. Drahtb.)

Oberpräsident Noske hat das hiesige nationalsozialistische Organ und das Organ der Kommunisten auf die Dauer von je drei Wochen verboten.

Das Verbot des nationalsozialistischen Blattes wurde ausgesprochen, weil in einer der letzten Nummern dieser Zeitung verleumderische Hetzartikel gegen den preussischen Ministerpräsidenten und Beschimpfungen gegen den früheren Reichskanzler Hermann Müller veröffentlicht waren. Das kommunistische Organ wurde verboten, weil das Blatt in einem Artikel "Sklavenexport auf Reparationskonto" schwere Beleidigungen gegen den preussischen Ministerpräsidenten Braun erhoben hatte und die verfassungsmässige Staatsform des Reiches und Preussens herabgewürdigt hatte.

SPD. Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages über die Geschäfte der Preussenkasse hat wieder einen Abschnitt seiner Untersuchungen abgeschlossen. Nach dem Raiffeisen-Skandal war es diesmal die Sanierung des Scherlunternehmens, die den Ausschuss beschäftigte. Freilich waren die Akten der bis 1913 zurückreichenden Vorgänge zum grössten Teile nicht mehr vorhanden. Die Preussenkasse hatte infolge einer Anweisung des früheren Präsidenten Semper vom Jahre 1924 ihre Bücher und Akten verbrannt. Ebenso hatte Sempers Vorgänger, der Präsident Heiligenstadt, kurz vor seinem Tode seine Privatakten vernichtet. Dasselbe hatte der Manager der Scherlsanierung, der Ministerialdirektor im Preussischen Landwirtschaftsministerium von Hammerstein, nach der Revolution mit seinen Privatakten getan.

Es konnten daher über einen grossen Teil der Vorgänge positive Feststellungen nicht mehr getroffen werden. Dennoch haben sich die Deutschnationalen bis zum letzten Augenblick gegen die Feststellungen des Berichterstatters Kuttner (Soz) gewandt. Denn der Zufall hatte aus diesem Scherlroman doch wenigstens ein Kapitel enthüllt: Während der Untersuchung hatte sich in der Preussenkasse ein Aktenstück angefangen, das den Versuch einer netten kleinen, zu

Kriegsbeginn unternommenen 2½ Millionen-Schiebung aufdeckte.

Dieses Aktenstück betraf ein Kreditgesuch des Bankhauses von Oppenheim junior & Co. in Köln. Der Inhaber des Bankhauses, Baron Salomon von Oppenheim, war es, der, um der kaiserlichen Gunst teilhaftig zu werden, dem auf allerhöchsten Wunsch gegründeten Deutschen Verlags-Verein die Millionen zur Uebernahme des bankrotten Scherlunternehmens vorgestreckt hatte. Etwa 12 bis 14 Millionen hatte Baron von Oppenheim geopfert, um es nicht zu der in Hofkreisen befürchteten "Verjudung" des konservativen Scherl'schen Presseunternehmens kommen zu lassen. Der Deutsche Verlags-Verein, bestehens aus 59 reichen Leuten der Haute volé von Köln und Düsseldorf, hatte aber nur rund 7 Millionen aufgebracht, sodass er mit 4 bis 6 Millionen dem Bankhaus Oppenheim verschuldet war.

Nun brach zu aller Not der Weltkrieg aus. Der Baron Oppenheim fürchtete um sein schönes Geld. Aber nicht umsonst erfreute sich Herr von Oppenheim der besten Beziehungen. Jener Ministerialdirektor von Hammerstein, der die Gründung des 59 Männer-Vereins gemanaget hatte, war zufällig mit Oppenheim verschwägert. Was lag nun näher, als dass Herr von Hammerstein seinen Einfluss als hoher Beamter dafür einsetzte, um seinem Verwandten von Oppenheim aus der Patsche zu helfen! Der vorgesetzte Minister des Freiherrn von Hammerstein, der Landwirtschaftsminister von Schorlemer, verhandelte persönlich mit dem Staatssekretär im Finanzministerium Michaelis und dieser verwies von Oppenheim an die Preussenkasse. Wiederum Verhandlungen zwischen dem Landwirtschaftsminister und dem Präsidenten der Preussenkasse von Heiligenstadt. Nachdem das Grundsätzliche erledigt ist, führt Freiherr von Hammerstein die weiteren Verhandlungen mit der Preussenkasse für das ihm verschwägte Haus von Oppenheim. In einem langen Schreiben an den Präsidenten der Preussenkasse legt Herr von Hammerstein ganz offen seinen Standpunkt dar. Das Bankhaus Oppenheim habe sich hereingeritten, um dem Staate gefällig zu sein, jetzt dürfe der Staat Oppenheim nicht sitzen lassen. Der Verlags-Verein, der Oppenheim das Geld schulde, befände sich bis über die Ohren in Schwierigkeiten, denn der Scherl-Verlag sei tief verschuldet. Das Schreiben des Freiherrn von Hammerstein beziffert die Passiven des Scherl-Verlages mit etwa 33 Millionen Mark. Dennoch schlägt Herr von Hammerstein vor, dass zur Deckung des Kredites für das Bankhaus Oppenheim für 5 Millionen Mark Stammanteile der G.m.b.H. dienen sollten. Ohne weiteres geht das Direktorium der Preussenkasse hierauf ein, ohne die naheliegende Frage zu stellen, wieviel Aktiven denn den 33 Millionen Passiven gegenüberständen. Die zu verpfändenden Scherlanteile konnten doch nur etwas wert sein, wenn den 33 Millionen Passiven entsprechende Aktiven gegenüberständen.

Sonderbarerweise hat aber während der vier Wochen sich hinziehenden Verhandlungen kein Mensch in der Preussenkasse danach gefragt. Dabei befand sich zur gleichen Zeit der damalige Preussische Innenminister von Dallwitz im Besitze eines Briefes des damaligen Geschäftsführers der Scherl-G.m.b.H., eines Geheimrats von Krüger, der beweglich jammert, dass die gesamten Aktiven des Scherl-Verlages "viel zu hoch geschätzt" 21 Millionen Mark betrügen, denen 39 Millionen Mark Passiven gegenüberständen. Also eine Unterbilanz von etwa 20 Millionen Mark! Die zu verpfändenden Scherlanteile waren demnach völlig wertlos.

Trotzdem erklärte sich das Direktorium der Preussenkasse bereit, gegen Verpfändung von 5 Millionen Mark Scherlanteile die Unterschriften der Preussenkasse auf einen Wechsel über 2½ Millionen Mark zu setzen, dendas Bankhaus Oppenheim akzeptieren sollte. Dieser Wechselkredit wurde demnach in Wirklichkeit ohne Deckung gegeben. Alles war fix und fertig. In einem Briefe vom 28. August bestätigte die Preussenkasse dem Bankhaus von Oppenheim, dass es das Geld beheben könne. Inzwischen aber hatte sich die Kriegslage für Deutschland im Westen günstig gestaltet. Baron von Oppenheim hatte wieder Mut gefasst und verzichtete jetzt auf deneingeräumten Kredit. Wenn aber die Deutschnationalen zur Entschuldigung der damaligen Preussenkasse darauf verweisen, dass das Geschäft also nicht zustandegekommen sei, so ist festzustellen, dass das Direktorium

der Preussenkasse an dem Nichtzustandekommen keinerlei Anteil hat. Es hätte gegen die Deckung der wertlosen Scherlanteile dem Bankhaus Oppenheim jederzeit das Geld ausgeliefert.

Wir aber fragen: Was würden wohl heute die Deutschnationalen für ein Geschrei erheben, wenn ein heutiger Ministerialdirektor in einem Preussischen Ministerium versuchen würde, seinem Schwager vorder Preussenkasse einen 2½ Millionenkredit gegen wertlose Deckung unter Missbrauch seiner amtlichen Stellung als hoher Regierungsbeamter zu verschaffen?! Das Geschrei wäre garnicht auszu-denken! Aber freilich, wenn die verbündeten Mächte von Hammerstein und von Oppenheim im wilhelminischen Preussen ihren Einfluss zu solchen Zwecken geltend machten, - ja, Bauer, dann war es ganz etwas anderes! Denn das ist doch klar: wer sich bei der allerhöchsten Stelle beliebt gemacht hatte, dem musste auch der Zutritt zur Preussenkasse freistehen. Es geht nichts über die Unantastbarkeit und Lauterkeit des verflrossenen alten Systems.

SPD. Kassel, 27. März (Eig. Drahtb.)

In dem Kasseler Landfriedensbruch-Prozess gegen 10 Nationalsozialisten wurde am Freitag folgendes Urteil gefällt: Der Angeklagte Schweinfurth wird wegen Rädelsführerschaft bei schwerem Landfriedensbruch zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Ochs und Wilhelm erhalten wegen schweren Landfriedensbruchs ebenfalls je 6 Monate Gefängnis. Gegen 6 Angeklagte erkennt das Gericht auf je 3 Monate Gefängnis; einer der angeklagten Nationalsozialisten wird freigesprochen.

Das Urteil bewegt sich im grossen und ganzen im Sinne der Anträge des Staatsanwalts. In der Urteilsbegründung weist das Gericht darauf hin, dass die Schuld der Angeklagten einwandfrei feststeht, und sie in dem Versammlungsort in der Erwartung von Zusammenstössen planmässig Aufstellung genommen hätten. Das sei auch der Grund für die Kenntlichmachung durch weisse Armbinden und das Bewaffnen mit Latten und Knüppeln gewesen.

Einem im Verlauf der Schlägerei verletzten Zeugen, der als Nebenkläger auftrat, sprach das Gericht eine Geldentschädigung zu. Die Angeklagten werden gegen das Urteil wahrscheinlich Berufung einlegen.

SPD. Das Reichskabinett nahm am Freitag den Bericht einer Kommission gegen, der Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit enthält. Den Vorsitz in dieser Kommission führt der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Eine Entscheidung soll erst nach Ostern gefällt werden. Ueber den Bericht der Kommission wird von der Regierung folgendes mitgeteilt:

"Die Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage hat bisher fünf Sitzungen von je 3 Tagen abgehalten. Sie hat zu den Fragen einer besseren Arbeitsverteilung und zu den Fragen der Arbeitsbeschaffung in ausführlichen Beratungen Stellung genommen. Die Verhandlungen über die Regelung der Arbeitszeit und der Behandlung der Doppelverdiener sind abgeschlossen. Die Kommission wird ihre Gutachten hierüber noch vor Ostern der Reichsregierung zuleiten. Jedem Gutachten werden formulierte Vorschläge zu Massnahmen der privaten Wirtschaft, der Verwaltung und der Gesetzgebung beigelegt sein. Die Kommission wird in der zweiten Woche nach Ostern während vier Tagen ihre Beratungen fortsetzen, um dann auch das im wesentlichen bereits feststehende Gutachten zu dem ganzen Fragenkomplex der Arbeitsbeschaffung ebenfalls abzuschliessen. Unmittelbar daran anschliessen werden sich Beratungen über die unterstützende Arbeitslosenhilfe."

SPD. Paris, 27. März (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Laval hat den Vertretern der Grubenarbeiter am Freitag nach einer Unterredung mit dem Präsidenten der nordfranzösischen Bergwerksgesellschaften als Ergebnis seiner Einigungsbemühungen in dem Lohnkonflikt mitgeteilt, dass es ihm gelungen sei, die Grubengesellschaften dazu zu veranlassen, die Lohnherabsetzungen erst zu einem späteren Termin vorzunehmen und die anfänglich beabsichtigte Höhe des Lohnabbaus zu reduzieren. Die Arbeiterdelegierten dankten dem Ministerpräsidenten für seine Bemühungen, erklärten aber zugleich, dass sie die Zugeständnisse für unzureichend halten. Der Ministerpräsident wird deshalb am Freitag-Abend mit den Arbeitgebern eine neue Unterredung haben und weitere Zugeständnisse zu erreichen versuchen.

Inzwischen hat der Nationalverband der französischen Grubenarbeiter zu Sonnabend-Vormittag eine Delegiertenversammlung einberufen, in der endgültig darüber beschloßen werden soll, ob das Angebot der Grubengesellschaften angenommen oder der Generalstreik ausgerufen werden soll.

SPD. Die Beisetzung der Asche von Hermann Müller findet Mitte nächster Woche in Berlin-Friedrichsfelde statt. Hier sind u.a. auch Paul Singer, Karl Legien, Richard Fischer und Adolf Braun zur letzten Ruhe gebettet.

SPD. Paris, 27. März (Eig. Drahtb.)

Die an die Sozialisten ergangene Aufforderung, sich an der Bildung eines Blocks der Linksparteien in der Kammer zu beteiligen, ist mit einem Brief an Herriot beantwortet worden, in dem die sozialistische Fraktion vor einer endgültigen Stellungnahme nähere Angaben über die Umstände und Bedingungen, unter denen diese gemeinsame Aktion der Linksparteien beabsichtigt ist, wünscht. In dem Brief wird darauf hingewiesen, dass es sich um keine permanente Einrichtung handeln dürfe, die der Unabhängigkeit der einzelnen Fraktionen Abbruch tun würde.

Die Antwort der Sozialisten ist am Freitag in einer gemeinsamen Versammlung der übrigen Linksparteien verlesen worden. Sie wird allgemein für die Fortführung der Verhandlungen mit den Sozialisten als günstig bezeichnet.

P a r t e i t a g 1 9 3 1 .

Am 31. Mai in Leipzig.

SPD. Der Parteivorstand beruft hiermit den diesjährigen Parteitag zum 31. Mai und folgende Tage nach dem "Volkshaus" in Leipzig ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt :

1. Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse.
Referent: Fritz Tarnow.
2. Die Ueberwindung des Faschismus. Referent: Rudolf Breitscheid.
3. Partei und Jugend. Referent: Erich Ollenhauer.
4. Bericht der Reichstagsfraktion: Berichterstatter: Wilhelm Sollmann.
5. Bericht des Parteivorstandes.
 - a) Allgemeines. Berichterstatter: Max Westphal.
 - b) Kasse. " " Konrad Ludwig.
6. Bericht der Kontrollkommission: Berichterstatter: Wilhelm Bock.

7. Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

8. Erledigung der Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung nicht erledigt sind.

Der Parteitag setzt sich zusammen aus den in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, der Vertretung der Reichstagsfraktion, den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission.

Anträge für die Tagesordnung des Parteitages werden nur behandelt, wenn sie von Parteiorganisationen gestellt und spätestens bis zum 28. April beim Parteivorstand eingereicht sind, damit sie laut Organisationsstatut § 13 Absatz 2 spätestens am 3. Mai im "Vorwärts" veröffentlicht werden können.

Zum Parteitag gestellte Anträge müssen jeder für sich auf ein besonderes Blatt Papier, einseitig beschrieben und mit der Angabe, zu welchem Punkt der Tagesordnung gehörig, versehen sein.

Wegen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegierten rechtzeitig beim Lokalkomitee melden. Adresse: Karl Schrörs, Leipzig, Tschäferstr. 192/21.

Gastkarten für den Parteitag werden von dem Lokalkomitee in Leipzig ausgegeben; Zutrittskarten für die Berichterstatter der Presse nur vom Parteivorstand, Berlin SW. 68, Lindenstrasse 3.

Der Parteivorstand.

SPD. Hannover, 27. März (Eig. Drahtb.)

Die Nordwestdeutsche Bank in Hannover, die dem Deutschen Beamtenbund nahesteht, hat ihre Zahlungen eingestellt. Eine Stützungsaktion ist von der Nordwestdeutschen Genossenschaftsbank bereits eingeleitet.

Die Nordwestdeutsche Bank lässt sich zu der Zahlungseinstellung folgendermassen aus: "Um die Gläubiger der Nordwestdeutschen Bank A.G. vor Schwierigkeiten zu bewahren, hat sich die Nordwestdeutsche Genossenschaftsbank e.G.m.b.H. Hannover entschlossen, als Ueberbrückungsmassnahme den Gläubigern der Bank einen Teil ihrer Guthaben zu bevorschussen. Die Gläubiger der Nordwestdeutschen Bank A.G. erhalten von der Nordwestdeutschen Genossenschaftsbank gegen Sicherheitsübertragung ihrer Forderung bei Forderungen von insgesamt 100 Mark den vollen Betrag, bei darüber hinausgehenden Forderungen bis zu 50 % der Forderungssumme, jedoch nicht über 300 Mark ausgezahlt. Die bei der Nordwestdeutschen Bank A.G. eingegangenen Gehaltsüberweisungen für April werden in voller Höhe ausgezahlt werden."

SPD. Der Personalreferent im preussischen Ministerium des Innern, Ministerialdirektor Dr. Brand wird demnächst sein bisheriges Amt verlassen und wahrscheinlich das Amt eines Regierungspräsidenten übernehmen. Der Wechsel hat politische Hintergründe, die auf Differenzen zwischen der Zentrumsfraktion des preussischen Landtags und Brand zurückzuführen sind.

Die Meldung, dass Brand bereits zur Disposition gestellt sei oder werde, entspricht nicht den Tatsachen.

SPD. Weimar, 27. März (Eig. Drahtb.)

Das Thüringer Kabinett hat am Freitag beschlossen, bei der Reichsregierung Verwahrung dagegen einzulegen, dass der Reichsminister Dr. Wirth zur Besprechung der Innenminister über die Gottlosen-Propaganda den thüringischen Innenminister nicht eingeladen hat. Man erblickt darin eine Verletzung der Stellung des Landes Thüringen. Ausserdem wurde beschlossen, die thüringischen

Staatstheater künftig zu anderen als künstlerischen Zwecken nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Ausnahmen sollen künftig der besonderen Genehmigung des Staatsministeriums bedürfen.

+ + +

Der Protest der thüringischen Regierung dagegen, dass der Hochverräter und Putschist Frick nicht zu der letzten Konferenz der republikanischen Innenminister eingeladen wurde, dürfte in Berlin verpuffen. Schliesslich ist es Sache des Reichsinnenministers mit wem er das Bedürfnis hat sich über Fragen der Sicherung der republikanischen Staatsform auszusprechen. Dass dieses Bedürfnis bei dem Republikaner Wirth niemals soweit gehen wird, dass er auch Propagandisten des Dritten Reiches, also die bittersten Feinde der Republik, zu einer Besprechung hinzuzieht, die sich in ihrer Konsequenz nur gegen diese Propagandisten richten kann, sollte man auch in Thüringen langsam für selbstverständlich halten. Das Gegenteil hiesse den Bock zum Gärtner machen.

Inbezug auf die Benutzung der thüringischen Staatstheater hat Herr Frick von seinen Kollegen eine Ohrfeige erhalten und eingesteckt. Wahrscheinlich aus Sorge um sein Ministeramt und Ministergehalt.

SPD. Im Reichsrat widmete Staatssekretär Dr. Zweigert dem verstorbenen früheren Reichskanzler Hermann Müller am Freitag folgenden Nachruf :

"Als am Donnerstag aus Anlass der Trauerfeier für den verstorbenen Reichskanzler Hermann Müller die Fahnen auf halbmast wehten und Tausende und Aber-tausende dem Toten die letzte Ehre erwiesen, hat auch der Reichsrat dem Sarge das Geleit gegeben und an ihm vor dem Hause, in dem der Verstorbene lange Zeit in hingebender Arbeit für Volk und Reich gewirkt hatte, einen Kranz niedergelegt. Auch in der heutigen Sitzung ist es uns eine Ehrenpflicht und ein Herzensbedürfnis, des Toten mit aufrichtiger und tiefer Dankbarkeit zu gedenken. Seine aufopferungsvolle Arbeit in schwerster Zeit deutscher Geschichte, die zugleich die schwerste Zeit seines eigenen Lebens war, ist uns in lebendigster Erinnerung. Ein Staatsmann und Politiker von hervorragendem Ausmass, dem das Wohl des Ganzen über alles ging, und dessen aufopferungsvoller Arbeit das deutsche Volk viel verdankt, ein Charakter von makelloser Lauterkeit, Ritterlichkeit und Vornehmheit, ein Mensch mit einem grossen und gütigen Herzen - so wird sein Bild in die Geschichte eingehen. So wird es auch in unserer Erinnerung bleiben."

Die Mitglieder des Reichsrats hatten sich während der Gedenkrede zu Ehren des Toten von ihren Sitzen erhoben.

SPD. Weimar, 27. März (Eig. Drahtb.)

Das Weimarer Naziblatt meldete dieser Tage, dass Innenminister Dr. Frick mit dem Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei in Thüringen Abg. Witzmann in Gotha verhandelt habe. Witzmann erklärt jetzt, dass an der fraglichen Meldung kein wahres Wort sei.

SPD. Der Reichsrat hat am Freitag den vom Reichstag angenommenen Reichshaushaltsplan für 1931 verabschiedet. Wenn er auch im allgemeinen die Fassung des Reichstags zu der seinen gemacht hat, so hat er doch an zwei wesentlichen Punkten eine Änderung der Beschlüsse des Reichstags durchgeführt: gegen die vom Reichstag auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossenen Erhöhungen der Einkommensteuer für Einkommen von über 20 000 Mark und der Tantiemensteuer hat der Reichsrat Einspruch erhoben. Damit sind diese beiden Gesetze praktisch gefallen, da eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag für sie nicht zu erreichen ist

Aufgrund der Erklärungen, die die Reichsregierung in den letzten Tagen zu den Steueranträgen der Sozialdemokratie abgegeben hatte, war anzunehmen, dass die Verabschiedung der Anträge im Reichsrat nicht einstimmig erfolgen werde. Bei dem Beschluss des Reichstags über die Erhöhung der Einkommensteuer konnte man aus gewissen Anzeichen entnehmen, dass sich im Reichsrat eine Mehrheit für einen Einspruch finden werde, zumal das preussische Kabinett unter Ueberstimmung der Sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder beschlossen hatte, im Reichsrat für einen Einspruch gegen das Gesetz zu stimmen.

Bei der Aufsichtsratssteuer schienen die Dinge nicht so ungünstig zu liegen. Hier war die Zustimmung der preussischen Staatsregierung im Reichsrat gesichert. Aber in den vertraulich tagenden Ausschüssen des Reichsrats ist die Preussische Regierung bei der Tantiemensteuer offensichtlich überstimmt worden. So konnte die Mehrheit des Reichsrats einem Vorschlag der Ausschüsse zustimmen, auch gegen die Erhöhung der Aufsichtsratssteuer Einspruch zu erheben.

Die Beschlüsse des Reichsrats haben zur Folge, dass praktisch für bestimmte Zwecke im Reichshaushalt für 1931 keine Mittel zur Verfügung stehen. Die ablehnende Haltung des Reichsrats trifft vor allem die in den Etat eingesetzten 5 Millionen Mark zur Sanierung der Knappschaftsversicherung, die mit den Einnahmen aus der Tantiemensteuer direkt verknüpft worden waren. Einer Sanierung der Knappschaftsversicherung sind durch den Reichsratsbeschluss ausserordentlich grosse Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden. Zur Deckung des wegen des Fortfalls der beiden Steuererhöhungen ausserdem noch bestehenden Fehlbetrags hat der Reichsrat wesentliche Streichungen im Reichshaushalt nicht vorgenommen. Insbesondere sind die auf sozialdemokratischen Antrag in den Etat eingesetzten 3 Millionen Mark zur Durchführung der Kinderspeisung nicht angetastet worden. Dafür verweist der Reichsrat auf die der Regierung im Haushaltsgesetz gegebene Ermächtigung zu Einsparungen an gesetzlich nicht gebundene Ausgaben. Man wird also wohl schon in der nächsten Zeit gewissen Haushaltsabstrichen durch die Reichsregierung entgegensehen müssen.

Im übrigen verabschiedete der Reichsrat ohne Einspruch die auf sozialdemokratische Initiative vom Reichstag beschlossene Änderung des Lichtspielgesetzes, wonach von der Zensur verbotene Filme nunmehr in geschlossenen Vereinsdarbietungen aufgeführt werden dürfen. Ausserdem wurde das Osthilfegesetz mit allen Nebengesetzen und das Gesetz über Zolländerungen in der Fassung des Reichstags angenommen.

SPD. Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat zugleich im Namen des preussischen Staatsministeriums dem Landtagspräsidenten Bartels zu seinem 60. Geburtstag telegraphisch herzliche Glückwünsche übermittelt. Staatssekretär Dr. Weismann hat dem Landtagspräsidenten ebenfalls ein Glückwünschtelegramm gesandt.

SPD. London, 27. März (Eig. Drahtb.)
Die Regierung hat für den 1. April jede über den 7 $\frac{1}{2}$ Stundentag hinausgehende Arbeitszeit in den Gruben für ungesetzlich erklärt. Das gilt auch dort, wo eine Mehrarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbart worden ist.

SPD. Bern, 27. März (Eig. Drahtb.)
Der sozialdemokratische Nationalrat August Huggler hat im Parlament eine Interpellation über die deutsch-österreichische Zollunion eingebracht, in der der Bundesrat gefragt wird, welche Rückwirkungen er von der deutsch-österreichischen Zollunion oder ähnlichen Abkommen zwischen verschiedenen Staaten auf die schweizerische Volkswirtschaft erwarte. Ferner wird der Bundesrat gefragt,

ob er der Meinung sei, dass die Schweiz alle Möglichkeiten ausnutzen solle, die auf die Niederlegung der Zollmauern zwischen verschiedenen Ländern hinzielen und ob er bis dahin versuche, eventuell durch Beitritt zu einem internationalen Wirtschaftsabkommen die Lage der Schweiz zu verbessern.

SPD. Die Verhandlungen zwischen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Reichsbank zur Sicherstellung eines Zwischenkredits für das erste Quartal des neuen Etatjahres der Versicherung sind am Freitag abgeschlossen worden. Der Kredit beträgt 83 Millionen Mark. Der Gegenforderung der Reichsbank nach engerer Verbindung ihres Zahlungsverkehrs mit dem der Reichsanstalt wird künftige Rechnung getragen. Die Arbeitsämter sind bereits angewiesen, überall dort, wo an ihrem Sitz sich Reichsbankstellen befinden, mit diesen Fühlung zu nehmen. Auch in der stärkeren Verwendung von Hartgeld bei den Zahlungen der Arbeitsämter hat die Reichsanstalt Entgegenkommen zugesagt.

Zur Sicherung des Ueberbrückungskredites hat das Reichsfinanzministerium für 125 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien zu 75 % des Kurswertes bei der Reichsbank lombardiert. Die Verzinsung des Kredites beträgt 1 v.H. über Reichsbankdiskont.

SPD. Bombay, 27. März (Eig. Drahtb.)

Gewaltige Menschenmassen strömen zum allindischen Kongress nach Karachi. Gandhi legte noch einmal seine Friedenspolitik in einer Massenversammlung dar, die von 60 000 Menschen besucht war. Der allindische Führer erklärte, er werde an seiner Versöhnungspolitik festhalten selbst wenn er sterben müsste. Die Stimmung ist bedeutend ruhiger und Gandhi gewinnt zusehends an Boden. Unversöhnlich bleiben jedoch Nehru und die nationalistische Jugend. Ihr Führer Bose verlangt eine nationalistische-indische Republik.

SPD. Weimar, 27. März (Eig. Drahtb.)

Der thüringische Landtagsabgeordnete der Wirtschaftspartei Flach erklärte in einer Versammlung in Ohrdruf, dass die Wirtschaftspartei nicht für die Miss-trauensanträge gegen die Nationalsozialisten Frick und Marschler stimmen werden. Die jetzige Koalition müsse aufrechterhalten werden, da es fraglich sei, ob nochmals eine bürgerliche Mehrheit in Thüringen zustande käme. Wenn nicht, dann sei es mit der Selbständigkeit Thüringens zu Ende. Heute stehe man vor der Frage was wird aus Thüringen. Es gehe jetzt um Sein oder Nichtsein Thüringens. Es sei zu wünschen, dass es zwischen Nationalsozialisten und Volkspartei wieder zu einer Einigung komme.

SPD. London, 27. März (Eig. Drahtb.)

Aussenminister Henderson, der am Freitag nach London zurückgekehrt ist, hatte sofort nach seiner Ankunft im Auswärtigen Amt eine Besprechung über die deutsch-österreichische Zollunion. Ein Beschluss wurde nicht gefasst.

SPD. Bombay, 27. März (Eig. Drahtb.)

In Crawnpore ist die Zahl der Toten auf 123 gestiegen. In Burma und an der nordwestlichen Grenze dauern die Bandengefechte noch an. Ein Teil der Aufständischen wurde festgenommen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören
Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Geheimnis No. 44 170.

Der Mann ohne Namen: ein Simulantengenie? - Der Kampf der Familie Canella -
Die Ansprüche einer verlassenen Ehefrau.

SPD. Rom, Mitte März (Eig. Bericht)

Seit fünf Jahren geht durch die Weltpresse der Fall des unbekanntes Mannes mit dem verlorenen Gedächtnis; der Fall des Mannes, der im Jahre 1926 zerlumpt und verhungert in den Strassen Turins aufgefunden wurde, ohne dass es zunächst möglich war, die Identität des Findlings, der keinerlei Angaben über sich machen konnte, festzustellen. Die Sache beschäftigte vor drei Jahren das Turiner Gericht, zurzeit findet der grosse Berufungsprozess in Florenz statt. Das Turiner Urteil, gegen das die Berufung gerichtet ist, besagte ungefähr: Handelte es sich bei dem Findling um den früheren Professor Canella, oder um den Buchdrucker Bruneri. Das Gericht habe sich nach eingehender Beweisaufnahme dafür entschieden, dass der Unbekannte nicht der Veroneser Professor Canella sei, der als in Mazedonien verschollen zu gelten habe; vielmehr sei der seinerzeit in Turin in der Irren-Heilanstalt unter der Nummer 44 170 aufgenommene und dann wieder entlassene Unbekannte der frühere Buchdrucker Mario Brunneri. Der Unbekannte selbst behauptete, Canella zu sein.

Die Macht des Glaubens.

Bruneri hatte vor Jahren Frau und Kind verlassen, in Mailand mit einer Geliebten gelebt und war dann plötzlich verschollen. In der Zwischenzeit wurden gegen Bruneri wegen verschiedener kleiner Eigentumsdelikte, begangen aus Not, mehrere Haftbefehle erlassen. Nach dem Turiner Urteil hätte der Unbekannte als Mario Bruneri ins Gefängnis wandern müssen. Aber die Familie Canella, die weiterhin mit unumstösslicher Ueberzeugung daran glaubte, dass der geheimnisvolle Findling der Veroneser Professor sei und dass Gattin und Familie aufs neue des Mannes und Vaters beraubt werden sollte, setzte zum Beweis der Richtigkeit ihres Glaubens einen riesigen Apparat in Bewegung. Jahre lang zogen sich die Erhebungen hin. All die Jahre lebte die Frau weiter mit dem Unbekannten in ehelicher Gemeinschaft. Von ihm bekam sie zu den zwei Kindern, die sie vorher hatte, in diesen letzten Jahren zwei weitere.

Der Besuch im Irrenhaus.

Die Verhandlung vor dem Berufsgericht in Florenz hat sich lange hingezogen. Die neuen Beweisanträge der Verteidigung Canellas wurden zunächst alle abgelehnt. Der Unbekannte wurde überhaupt nicht vernommen. Der Staatsanwalt plädierte dafür, dass die Berufung zu verwerfen sei. Das Turiner Urteil müsse, angesichts des überreichen Beweismaterials, bestätigt werden. Der Unbekannte sei, nach allen wissenschaftlichen Gutachten, trotz der ungemainen Aehnlichkeit mit dem Veroneser Professor Canella unbedingt als der Buchdrucker Bruneri anzuerkennen, der sich Weib, Familie, Ehre und bürgerlichen Wohlstand der Familie Canella mit vollem Bewusstsein und in betrügerischer Absicht erschlichen habe. Das Berufsgericht hat die Verkündung des Urteils auf vier Wochen hinausgeschoben.

Das Gericht mag sich für Bruneri oder Canella entscheiden, Zweifel müssen immer bleiben. Niemand kann einwandfrei feststellen, wer wirklich jener Mann ist, der im März 1926 in Turin aufgefunden wurde, der nicht wusste, wie er hiess, wer er war, wohin er gehörte, woher er kam. Die veröffentlichte Fotografie des Mannes und dann der Besuch in der Irrenanstalt von Collegno liessen es Frau Canella vollkommen sicher scheinen, dass sie ihren Mann wiedergefunden habe. Die

Bruneri behaupteten, zusammen mit allen früheren Arbeitsgenossen des Mannes, mit der gleichen Sicherheit das Gleiche. Der Unbekannte selbst entschied sich sofort für Julia Canella und ihre Familie und fand in seinem Gedächtnis sogar tausend kleine Einzelheiten wieder, die für die Richtigkeit seiner Entscheidung zu zeugen schienen.

Ein genialer Schauspieler?

War der Mann, wie das Turiner Gericht erkannte und wie, nach dem Verlauf des jetzigen Prozesses, wohl auch das Berufungsgericht von Florenz entscheiden wird, wirklich ein Simulant, ein Mensch, der sich bewusst verstellte? Der Mann selbst gibt sich nach wie vor - in einer übrigens sympathischen Seelenruhe und würdigen Haltung - als Professor Canella aus. Wenn er für Bruneri ins Gefängnis wandern müsse, wenn er weiterhin leiden müsse, so werde er das auf sich nehmen. Aber niemals werde er von seiner geliebten Julia lassen, niemals von seinen Kindern.

Die Richter, die das Schicksalsknäuel entwirren sollen, sind um ihre Aufgabe nicht zu beneiden. F.

+ + +
Der Zwist bei Ullsteins.

Der Mann, der R.-A. Alsberg aus dem Konzept bringt...

SPD. Im Prozess Georg Bernhard contra Dr. Franz Ullstein, der augenblicklich mit einem ungeheuren Aufwand an juristischer Prominenz, Kraft, Zeit und an Kosten vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte geführt wird, ergriff am Freitag-Morgen das Wort zur Verteidigung des wegen Beleidigung verklagten Dr. Franz Ullstein der bekannte Rechtsanwalt Alsberg. Von neun Uhr morgens an plädierte Alsberg fast ununterbrochen, bis ihn am Spätnachmittag eine Reihe ziemlich disziplinloser Zwischenrufe Georg Bernhards aus der Fassung brachten. Da Alsberg mit der Drohung, auch noch den ganzen Sonnabend lang zu plädieren, den gereizten Kläger nicht einschüchtern konnte, gab er zunächst, erschöpft und nervös, das Rennen auf. Der Vorsitzende vertagte die Sitzung um eine Stunde. R.-A. Alsberg, der nach Haus gefahren war, kehrte nach dieser Frist nicht mehr in den Gerichtssaal zurück. Der Kampf geht aber am Sonnabend weiter.

+
Während die Rechtsbeistände Georg Bernhards dessen Verhalten in den Plädoyers des Donnerstag als korrekt und verantwortungsbewusst zu zeichnen bemüht waren, unterzog Rechtsanwalt Alsberg in seinen Ausführungen das Vorgehen Georg Bernhards schärfster Kritik. Der von den Junioren der Firma Ullstein ausgeheckte und zunächst ja auch verwirklichte Plan der Absetzung Dr. Franz Ullsteins vom Generaldirektorposten des Verlages sei zwar nicht von Georg Bernhard ausgegangen-, willig habe sich diese jedoch in den Kranz der Verschwörer eingereiht und sich von ihnen missbrauchen lassen. Willig und gern habe Georg Bernhard geglaubt, dass Rosi Grävenberg, die spätere, jetzt übrigens schon wieder geschiedene Frau Dr. Franz Ullstein in einem so schweren Spionageverdacht stände, dass eine eheliche Verbindung zwischen Dr. Ullstein und Rosi Grävenberg für das moralische Ansehen des Hauses Ullstein untragbar sei. Bei der Nachprüfung der Berechtigung dieses Verdachtes sei Georg Bernhard nicht im geringsten mit der für eine so schwerwiegende Angelegenheit gebotenen Sorgfalt vorgegangen. Es sei zu beanstanden, dass er "Material" von einem so übel beleumdeten Subjekt wie den früheren Separatisten Matthes bezogen habe. Abgesehen davon sei dieses "Material" nicht echt, sondern von Matthes gefälscht. Wenn der französische Ministerpräsident Tardieu dem Advokaten Torrès gesagt habe, dass Rosi Grävenberg tatsächlich im Spionageverdacht stand, so sei Tardieu getäuscht worden!

+
Die Vermittlungsvorschläge Franz Ullstein seien brüsk zurückgewiesen wor-

den. Statt dessen hätte Georg Bernhard sich zur Abfassung von Schriftsätzen bereitgefunden, in denen mit in der Wirkung doch recht fraglicher Beweiskraft das "psychopathische Hörigkeitsverhältnis" Franz Ullsteins zu Rosi Grävenberg besprochen wurde, während Rosi Grävenbergs Leben und privatestes Treiben bis ins 12. Lebensjahr hinab durchforscht worden sei... Der stete sachlich ungerichtfertigte Hinweis auf die Spionageverdächtigkeit Rosi Grävenbergs wäre immer wieder in dem Sinne erfolgt, dass der Glaube an ihre Schuld zum Ausdruck gebracht wurde, - wenn auch jetzt von den Rechtsbeiständen Georg Bernhards gesagt werden würde: wir halten sie für keine Spionin; sie hat nicht das Format dazu.

Mit grosser Entschiedenheit bedauerte Rechtsanwalt Alsberg schliesslich noch, dass durch die Bernhard'schen Schriftsätze der verstorbene Reichstagsabgeordnete Paul Levi in die Affäre hineingezogen worden sei. Dr. Otto Landsberg, der Rechtsbeistand Georg Bernhards, hatte indes in der Donnerstag-Verhandlung des Prozesses bereits ausdrücklich betont, dass eine Verdächtigung seines toten Freundes Paul Levi dem Kläger vollkommen ferngelegen habe.

Betrügerischer Universitätsprofessor? Vor dem Schöffengericht Hirschberg (Schlesien) haben sich zur Zeit der Universitätsprofessor Dr. Josephy aus Jena und der Inspektor Ewald Knauer aus Leutbach (Kreis Glogau) zu verantworten. Beide werden beschuldigt, aus der Erbmasse des im Jahre 1927 verstorbenen Dr. Josephy, der der Onkel des einen der Angeklagten war, 60 000 Mark unterschlagen zu haben. Der verstorbene Dr. Josephy, der bei einem Unfall ums Leben kam, gehörte zu den Führern des schlesischen Landbundes.

Verhafteter Räuber. In Köln wurde einer von den vier Räufern verhaftet, die am 6. März in Altona einen Kassenboten niederschlugen und um 16 000 Mark beraubten. Es ist der Semann Adolf Schacht.

Verschüttet. In Dortmund-Aplerbeck wurden zwei Erwerbslose von Schlackenmassen verschüttet. Einer verunglückte tödlich, der andere wurde lebensgefährlich verletzt.

Millionär als Polarforscher. Unter den Teilnehmern der U-Boot-Polar-Expedition des Nordpolforschers Wilkins wird sich auch der amerikanische Multimillionär William Leeds befinden, der seinerzeit die erste Fahrt des Luftschiffs "Graf Zeppelin" über den Ozean mitgemacht hatte. Leeds wird Wilkins finanziell unterstützen.

Angeklagter als Dichter. Ein 78-jähriger Justizsekretär a. D., der vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen fortgesetzten Betruges zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, überreichte dem Gericht seine Verteidigungsrede in Form eines Gedichts. Auf das Verlangen des Angeklagten verlas der Vorsitzende den Erguss als Schlusswort.

Gantner entsprungen. Aus dem Berliner Rudolf Virchow-Krankenhaus entsprang am Freitag der 31 Jahre alte Untersuchungsgefangene Eugen Gantner, der im August vorigen Jahres als Spion und Hochstapler verhaftet worden war. Gantner lag im Krankenhaus wegen starker Darmblutungen.

Motorradunfall: drei Tote. Zwischen Lohbrügge und Boberg bei Hamburg fuhr ein Motorrad mit Beiwagen in einen in einer Kurve stehenden Möbelwagen hinein. Drei Personen wurden getötet.

Tetzner-Revision zurückgezogen. Der Versicherungsmörder Tetzner, der vom Schwurgericht Regensburg am 18. März zum Tode verurteilt wurde, hat die von seinem Verteidiger eingelegte Revision gegen das Urteil zurückgezogen.



Was wird aus der Arbeitszeitverkürzung?

SPD. Die Reichsregierung will nach Ostern einen Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit unternehmen. Die Haupthandhabung hierzu soll die Arbeit der von ihr eingesetzten Arbeitslosenkommision bieten. Die Kommission hat ihren ersten Teilbericht so gut wie fertiggestellt. Um Ostern herum wird er veröffentlicht werden. Der wichtigste Punkt des Teilberichts ist die Arbeitszeitfrage. Soweit man bisher klug wird, schreckt die Regierung noch immer vor einer durchgreifenden Arbeitszeitverkürzung zurück. Allem Anschein nach denkt sie an eine Art Ermächtigung des Reichsarbeitsministers, von sich aus für bestimmte Betriebe und Berufsgruppen eine Arbeitszeitverkürzung anzuordnen. Ob und wie dann der Reichsarbeitsminister von seinem Recht Gebrauch macht, ist natürlich eine andere Frage.

Die zimperliche Art, mit der eine bereits seit Wochen und Monaten öffentlich diskutierte Frage wie die der Arbeitszeitverkürzung von den massgebenden Stellen angepackt wird, muss bei der Arbeiterschaft einen eigenartigen Eindruck hervorrufen. Dass mit der Arbeitszeitverkürzung zur Entlastung des Arbeitsmarktes ein kräftiger Schritt vorwärts gemacht werden kann, ist doch längst aller Welt klar. Wozu also das Sträuben? Will man wieder einmal den Pelz waschen, ohne ihn nass zu machen?

Die Notwendigkeit einer scharfen Verkürzung der Arbeitszeit ist soeben - sozusagen in letzter Stunde - von keinem Geringeren als dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, in der neuen Nummer der Gewerkschaftszeitung in einem überaus klaren und instruktiven Artikel über "Gewerkschaft und Rationalisierung" noch einmal mit besonderem Nachdruck gefordert worden. Leipart sagt, der erste Akt des deutschen Rationalisierungsschauspiels, die Umorganisation der Betriebe, sei hervorragend gelungen. Der zweite Akt, nämlich die Markteroberung für die vergrößerte Produktion sei noch nicht über die Bretter gegangen. Es scheine, dass er unter dem Druck der Krise jetzt vor sich gehen werde. Erleichtert werde dieses Nachholen durch das Abgleiten zahlreicher Rohstoffpreise, erschwert durch die bereits durchgeführten Lohnsenkungen. Es genüge nicht, dass die Preissenkung nur im Ausmass der Rohstoffpreis- und Lohnkürzungen erfolgt; sie müsse weit über diese Beträge hinausgehen damit die Kaufkraft der Bevölkerung gehoben werden könne. Die Erzeugungsmöglichkeiten des Produktionsapparates seien freilich so riesenhaft gewachsen, dass auch diese Massregel allein schon nicht mehr ausreiche, und daher müsse zur alsbaldigen Erzielung des Gleichgewichts zwischen Produktion und Absatz eine zweite wirtschaftliche Massnahme hinzutreten: die Verkürzung der Arbeitszeit. Diese sei auch aus sozialen Gründen notwendig geworden. Die Rationalisierung der letzten Jahre habe zu einer ungeheuren Anspannung aller Arbeitskräfte, zu pausenlosem Hetzen und zu atemraubender Ueberbürdung geführt. "Ein weiteres Durchhalten dieses Tempos, - erklärt Leipart - wäre Raubbau an der Volksgesundheit, wenn nicht durch Verkürzung der Arbeitszeit der notwendige Ausgleich geschaffen wird. Nicht durch Blumen an den Fenstern oder Grasflächen zwischen den Fabrikgebäuden, nicht durch gemeinsame Schwimmübungen von Betriebsräten und Arbeitern, nicht auf dem romantischen Weg der Werks-gemeinschaft wird der Arbeiter der Fabrik und seiner Arbeit erhalten, sondern durch auskömmlichen Lohn für seine leiblichen und genügende Freizeit für seine geistigen Bedürfnisse. Denn nicht während, sondern erst nach getaner Arbeit

fühlt sich der Arbeitnehmer als Mensch."

Wir müssen in diesem Jahr, koste es was es wolle, die riesige Arbeitslosenziffer herunterdrücken, wenn nicht eine Katastrophe eintreten soll. Auf ein Wunder können wir nicht warten. Dass aus der Wirtschaft selbst heraus eine rasche Besserung einsetzt, ist kaum anzunehmen. Wir müssen also schon wohl oder übel in die Speichen greifen und versuchen, den Karren aus dem Sumpf zu ziehen.

SPD. In der Lohnabbaufrage des Baugewerbes ist am Freitag die Entscheidung des zentralen Tarifamts gefallen. Die Parteiverhandlungen vor der vom Arbeitsminister eingesetzten zentralen Schiedsstelle, die sich aus drei Unparteiischen: Regierungsrat a.D. Dr. Brahn-Dortmund, Ministerialrat Gasteiger-München und Herrn Dr. Stenzel-Hamburg sowie aus je vier Vertretern der Unternehmer und Arbeitnehmer zusammensetzte, gingen am Donnerstag nach einem oft stürmischen Verlauf zu Ende. Danach trat die zentrale Schiedsstelle zur besonderen Beratung zusammen. Erst in den Morgenstunden am Freitag früh 6 3/4 Uhr konnte das Protokoll über die Verhandlungen fertiggestellt werden.

Die zentrale Schiedsstelle hat fast durchgehend den von den Schiedssprüchen der Tarifämter vorgeschlagenen Lohnabbau bedeutend herabgesetzt. Im ganzen kann gesagt werden, dass der niedrigste Lohnabzug 7,5% und der höchste 11,5% beträgt; dieser betrifft das Gebiet der westfälischen Schwerindustrie. Besser abgeschnitten haben die Tarifgebiete Gross-Berlin und Hamburg; dort beträgt der Abbau 7,8 und 7,7%. Schlechter weggekommen sind Bayern, Hessen, Württemberg, Provinz Sachsen, Anhalt, Nordwestdeutschland, Freistaat Sachsen und Thüringen. Hier bewegt sich der Lohnabzug um 10%. Der Lohnabbau für Mecklenburg, Pommern, Stettin, Ober- und Niederschlesien liegt zwischen 8 und 9 1/2%.

Die bei den Verhandlungen ins Treffen geführten Argumente der Arbeitervertreter erwiesen, dass dieser ganze Lohnabbau ein soziales Unrecht an den Bauarbeitern und wirtschaftlich bestimmt nicht ein Ausdruck von Vernunft und Weisheit ist. Allein die Lohnabbaupsychose ist ja nun einmal heutzutage Trumpf. Sie ist auch im Baugewerbe von langer Hand vorbereitet worden; sie musste sich auswirken. Die Unternehmervertreter haben auch vor der zentralen Schiedsstelle ihre geradezu unsinnigen Lohnabbauforderungen aufrecht erhalten - selbst dann, wenn die Tarifämter einen Spruch gefällt hätten, der einen niedrigeren Lohnabbau vorsah.

Jetzt haben die Bauarbeiter in den einzelnen Bezirken über die Lohnabbauentscheidungen zu entscheiden. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 4. April. Der Zimmererverband wird zu der Entscheidung der zentralen Schiedsstelle auf seinem ausserordentlichen Verbandstag am 3. April Stellung nehmen. =

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, dass der Lohnabbau im Baugewerbe die Wohnungsmiete um keinen Pfennig senkt und keinem Maurer die Möglichkeit gibt, auch nur einen Stein mehr zu vermauern. Obwohl die Preise für Baumaterialien bedeutend heruntergegangen sind, hat man bis jetzt noch nichts von einem Rückgang der Baukosten oder der Wohnungsmieten vernommen. Genau so wird es beim Lohnabbau gehen. Auch der Lohnabbau im Baugewerbe ist in seinem Effekt nichts anderes als eine Bereicherung des Unternehmers.

SPD. Die Betriebsrätewahlen sind für die Nationalsozialisten und Kommunisten ein neuer Anlass, mit schweren Schlägereien und Stechereien den latenten Bürgerkrieg immer von neuem zu entfachen. So wurde in Ahlen in einem bei der Betriebsrätewahl erfolgten Zusammenstoss zwischen kommunistischen Klebkolonnen und einem Nazisturmtrupp ein Jungkommunist durch einen Schuss in die Schläfe auf der Stelle getötet. Ein zweiter Kommunist wurde schwer verletzt.

Auch in den Betriebsratswahlen bei der Opel A.G. in Rüsselsheim kam es zu blutigen Zusammenstößen, als sich die Nationalsozialisten und die Kommunisten gegenseitig ihre Flugblätter abnahmen.

Trotz der gegenseitigen Befehdung richteten die Nazis und Kommunisten bei den Wahlen stets ihren Hauptstoss gegen die freien Gewerkschaften. Allein auch dieser vereinte Angriff hat keinen Erfolg. So behaupteten auch bei Opel die freien Gewerkschaften trotz vermindelter Belegschaft ihre Stimmzahl und sie konnten ihre Mandatsziffer sogar erhöhen. Die Belegschaftsziffer ist gegenüber dem Vorjahr von 8 100 auf etwa 7 500 zurückgegangen. Die freien Gewerkschaften erhielten 4 231 Stimmen und 17 Mandate (im Vorjahr 4 811 Stimmen und 16 Mandate), die RGO erhielt 884 Stimmen und 3 Mandate (1 496 bzw. 6), der nationale Block (Nazis und Stahlhelm) 436 Stimmen und 1 Mandat, die Christen 198 und kein Mandat (518, bzw. 1).

Bei den Betriebsrätewahlen in der Metallindustrie Frankfurt/Main wurden bis auf zwei Werke überall nur freigewerkschaftliche Listen vorgeschlagen und ohne Stimmabgabe gewählt. =

+ + +

Die verzweifelten Bemühungen der Nazis, die Ruhrzechen zu erobern, sind gescheitert. So viel lässt sich bereits an dem bis jetzt vorliegenden Ergebnis der Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau feststellen. Aus insgesamt rund 180 Zechenanlagen liegt für 102 ein Resultat vor. Danach erhielten die freien Gewerkschaften 42 102 Stimmen, die Christen 27 584, die Kommunisten (RGO) 29 186, die Nationalsozialisten 4 577, die Gelben 4 097, die Hirsch-Duncker 896, die Syndikalisten 325 und die Polen 56 Stimmen.

Ein abschliessendes Ergebnis dürfte am Sonnabend vorliegen. =

Bei den Betriebsratswahlen auf der Braunkohlenwerk Roddergrube A.G. erhielten die freien Gewerkschaften 5 Sitze (im Vorjahr 5), die RGO 1 Sitz (2), die Christen 1 (1). Die Wahlen bei der Rheinischen Verkehrsgesellschaft in Köln brachte den freien Gewerkschaften 6, den Christen 1, den Nazis kein Mandat. Bei den Rasselsteiner Eisenwerken in Neuwied errangen die freien Gewerkschaften 9 (bisher 8), die Hirsch-Dunckerschen 2 (3), die Christen kein (1), die Nazis 1 (kein) Mandat.

=====

SPD. In Bremen haben die Gewerkschaftszersplitterer böses Schiffbruch erlitten. Auch die Arbeiterratswahlen bei den Hansa-Lloyd-Werken haben den Kommunisten eine grosse Schlappe gebracht. Sie verloren zwei Mandate, die den freien Gewerkschaften zufielen. Es wurden abgegeben für die freien Gewerkschaften 361 Stimmen = 7 Sitze (295 Stimmen = 5 Sitze) und für die RGO 87 Stimmen = 1 Sitz (154 Stimmen = 3 Sitze).

+ + +

Die Bremen-Besigheimer Oelfabriken waren seit Jahren eine kommunistische Hochburg. Jetzt ist auch hier von den freien Gewerkschaften Bresche geschlagen worden. Die Mehrheit im Arbeiterrat, die bisher die Kommunisten inne hatten, wurde von den freien Gewerkschaften erobert. Im einzelnen hatte die Wahl folgendes Ergebnis: Von den 527 Beschäftigten haben 487 gewählt. Davon erhielten die freien Gewerkschaften 255 Stimmen = 5 Sitze, die RGO 226 Stimmen = 4 Sitze; ungültig waren 6 Stimmen.

=====

SPD. Für den Aachener Steinkohlenbergbau wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine Ermässigung der Schichtlöhne um 6% ab 1. April vorsieht.

=====

Bergbaukrise, aber Montanhausse.

(Börsenbericht für die Zeit vom 22. bis 28. März.)

SPD. Berlin, 27. März 1931

Am Freitag setzte ganz überraschend eine Hausse in Montanpapieren ein und zwar zu derselben Zeit, in der die Vollversammlung des Reichskohlenrates über die Nöte des deutschen Bergbaues diskutierte. Diese Gegensätzlichkeit beweist entweder, dass sich die Börse von jeder vernunftgemässen Ueberlegung freigemacht hat, oder es ist alles, was im Reichskohlenrat am Freitag über die Nöte des Bergbaues gesagt wurde, nicht wahr. Mit der letzten Ansicht wird man wohl nicht durchkommen. Dagegen sprechen Statistiken, die steigenden Kohlenhalden, die harten Tatsachen der Wirtschaft. Also ist die Montanhausse lediglich Willkür der Börse. Die Kurse werden wieder einmal heraufgetrieben. Das ist die Tendenz an der Börse schon seit Tagen.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass mindestens seit 10 Tagen die Nachfrage aussenstehender Kreise, des Auslands und des Publikums, ununterbrochen nachgelassen hat und inzwischen fast auf dem Nullpunkt angekommen ist. Die Spekulation ist auf sich selbst angewiesen und so erklären sich die fast täglich gleichen Kursbewegungen: schwächerer Beginn, dann wiederholte Schwankungen im Verlauf, da die Spekulation teils wieder deckt, teils realisiert, und schliesslich ein schwacher Schluss, da man nichts "über Nacht" behalten will. Am nächsten Tage das gleiche Bild. In diesem Hin und Her der Kurse sucht man zu verdienen. Das Ergebnis war, dass die meisten Papiere trotz täglicher lebhafter Bewegungen im Ganzen innerhalb einer Woche - bis Donnerstag - so gut wie keine Steigerungen erzielten. Es waren typische Schaukelbörsen, die deutlich die Interessenlosigkeit aussenstehender Kreise, also der sogenannten Anlagekäufer, erkennen liessen. Man traut eben der Börse nicht mehr, da man in der Wirtschaft immer neue Stilllegungen, also neue Arbeitslosigkeit und neuen Kaufkraftschwund, der nur zu einem Teil durch Saisonbesserungen ausgeglichen wird, sieht. Die Börse war, wie man sagt, sehr nervös geworden.

Alles aber kann die Spekulation vertragen, nur keine Nervosität. Neue Bewegungen müssen also angedreht werden, wenn das Kursgebäude nicht ins Wanken geraten soll. Und dafür ist gesorgt worden. Die Führung übernahmen die Salzdetfurthaktien, bei denen mit grossen Erdölplänen der Gesellschaft Stimmung gemacht wurde und zwar just in dem Augenblick, in dem sich das amerikanische Kapital aus den deutschen Erdölinteressen zurückzuziehen bemüht ist. So etwas stört nicht, wenn nur der nötige Zug hinter die Bewegung gebracht wird. Das aber ist geschehen. Salzdetfurth stiegen in der letzten Woche von 229,75 bis 251 %, um erst am Freitag - in Reaktion auf diesen Sprung - leicht auf 246,5% wieder nachzugeben. Sie zogen Aschersleben mit von 149,75 bis 159 à 158 % und Westeregeln von 154,5 auf 166,5 %. Das sind gewiss respektable Gewinne innerhalb von sechs Tagen, die nicht ohne Einfluss auf die Gesamttendenz bleiben konnten.

Dazu traten am Freitag, wie erwähnt, die Montanpapiere. Nachdem sie etwa bis Donnerstag relativ stabil lagen, setzte bereits an diesem Tage eine gewisse Belebung ein; am nächsten Tag kam es dann zur Explosion. So sprangen Vereinigte Stahlwerke auf 61,25 %, d. h. um fast 10 Prozent des Wertes gegenüber der Vorwoche. Nicht geringer war der Gewinn der Phönixaktien, die ihren Kurs von

64,25 nach 58,75 % erreichten. Selbst die dividendenlos bleibenden Harpener konnten sich von 71 auf 75,5 % befestigen und Gelsenkirchen, bei denen eine Dividendenkürzung bevorsteht, besserten sich von 81,75 auf 85,5 %.

Nicht so einheitlich waren die Kursgewinne am Elektromarkt, da hier bereit mit einer gewissen Vorsicht operiert wird. Immerhin konnten Siemens von 178 auf 183,5 %, also sehr ansehnlich, anziehen. Auch I.G. Farben waren mit 146 nach 143,5 % bemerkenswert im Preise gesteigert. Dass die Bankaktien trotz ihrer 4 % betragenden Dividendenkürzungen ebenfalls um ein paar Punkte angezogen haben, verdanken sie wohl vornehmlich der Pflege ihrer Väter.

Nur an einem Markt half alle Haussepropaganda nicht mehr: in Kunstseide. Es gibt nun einmal in dieser Industrie keine Dividenden mehr und ob es ohne neue Verlustabschlüsse abgehen wird, ist noch sehr die Frage. Bislang wollte man es nicht wahr haben, heute wächst der Kreis der Skeptiker von Tag zu Tag. So waren Aku nach 83,5 bis 78,8 %, Bemberg nach 90,75 bis 86,25 % rückgängig. Einstmals waren diese Papiere sogar 700 bis 850 % !

SPD. In der am Freitag stattgefundenen Generalversammlung der Ilse, die ausschlaggebend für den ostelbischen Kohlenbergbau ist und von dem Grossindustriellen Petschek beherrscht wird, kam es zu einem Zwischenfall, der für die Einstellung der Privatwirtschaft gegenüber dem Staat geradezu typisch ist. Die Generalversammlung der Ilse hatte u.a. die Aufgabe, den Aufsichtsrat, der sich im Laufe des Jahres durch Tod bzw. Ausscheiden eines Mitgliedes von 15 auf 13 verringert hatte, zu ergänzen. Hier gab es schon einmal eine Ueberraschung. Die Verwaltung erklärte, dass nur ein neues Aufsichtsratsmitglied gewählt werden sollte. Als ihren Kandidaten präsentierte die Ilseverwaltung den Braunkohlenindustriellen Dr. Piatscheck. Das enge Verhältnis zwischen Piatscheck und Petschek ist bekannt. Wenn man Dr. Piatscheck in den Aufsichtsrat der Ilse wählt, so ist das gerade so gut, als wenn man Petschek selbst wählt.

Nun hat das Reich über die Viag, in der reichseigene Unternehmungen zusammengefasst sind, ein Aktienpaket der Ilse erworben, um aus elektropolitischen Gründen Einfluss auf die Ilse zu nehmen. Die Viag besitzt von den 27 Millionen Ilse Aktien, die umlaufen, für 4,7 Millionen Mark Stammaktien und für 1,3 Millionen Mark Vorzugsaktien. Das Reich bzw. die Viag ist also Grossaktionär bei der Ilse. Der Wunsch der Viag, im Reichsrat der Ilse vertreten zu sein, ist also nicht nur begreiflich, sondern auch durchaus berechtigt. Dr. Landauer von der Reichskreditgesellschaft, der die Viag bzw. das Reich auf der Generalversammlung der Ilse vertrat, schlug vor, als Vertrauensmann der Ilse Geheimrat Lenzmann zu wählen. Der Antrag wurde mit den Verwaltungsstimmen glatt abgelehnt und zwar haben sich die Banken einmütig hinter Petschek gestellt und gegen die Viag bzw. das Reich votiert.

Man fragt nach dem Sinn dieser auffallenden Massnahme. Hätte man Geheimrat Lenzmann gewählt, so wäre an dem Machtverhältnis im Aufsichtsrat der Ilse nichts geändert worden. Die Petschekmojarität ist stark genug, um einen missliebigen Antrag niederzustimmen. Aber damit nicht genug. Man will den Vertreter des Reichs überhaupt nicht im Aufsichtsrat haben. Woraus zu folgern ist, dass die Ilseverwaltung Veranlassung hat, ihren Aufsichtsrat nicht durchleuchten zu lassen. Der unparteiische Beobachter kann nur zu dem Schluss kommen, dass es im Aufsichtsrat der Ilse vieles zu verdecken und zu vertuschen gibt.

Von Seiten einiger Aktionäre wurde abermals versucht, Kritik an den überhöhten Handelsgewinnen zu üben, die Petschek auch aus der Ilse zieht. Aufgrund ihrer Majorität schnitt die Ilseverwaltung die Debatte kurzweg ab. An den Profiten Petscheks darf eben nicht gerührt werden.

SPD. In der Vollversammlung des Reichskohlenrats, die am Freitag in Berlin stattfand, erstattete Berghauptmann Bennhold einen Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft. Die Gesamtkohlenförderung Deutschlands (Braunkohlen auf Steinkohlen umgerechnet), so führte Bennhold aus, ist im Jahre 1930 auf rund 175 Millionen Tonnen gegenüber einer Gesamtziffer von rund 202 Millionen Tonnen im Jahre 1929 zurückgegangen. Die Deutsche Kohlenhandelsbilanz ergibt für 1930 einen Ausführüberschuss von etwas über 576 Millionen Mark. Er bleibt hinter dem des Vorjahres um reichlich 70,5 Millionen Mark zurück, ist aber um 20 Millionen Mark höher als im Jahre 1928. Der mengenmässige Ausführüberschuss von rund 28 Millionen Tonnen bedeutet auf der Grundlage einer Jahresförderung von rund 400 Millionen Tonnen je Bergmann im Ruhrrevier, dass man in Deutschland 70000 Bergleute mehr beschäftigen konnte. Die Steinkohlengewinnung der Welt bleibt mit 1 207 Millionen Tonnen um rund 115 Millionen Tonnen hinter der des Vorjahres zurück und ist unter die Weltförderung des letzten Vorkriegsjahres, in der sie 1 216 Millionen Tonnen betrug, gesunken. Vom Rückgang entfallen 72 Millionen Tonnen auf Amerika, während Europa reichlich 32 Millionen Tonnen verloren hat. Die Produktion in den übrigen Erdteilen hat sich behauptet.

Ueber die internationale Kohlenverständigung führte Bennhold aus, dass die Frage einer zwischenstaatlichen Regelung nach wie vor in der Öffentlichkeit und in den verschiedenen Parlamenten, gelegentlich auch von Vertretern der Regierungen lebhaft erörtert werde. Aber zu einer grundlegenden Aussprache zwischen den beteiligten Industriekreisen selbst, deren Anbahnung dem Vernehmen nach noch vor einigen Monaten von englischer Seite in Aussicht genommen war, sei es bisher nicht gekommen.

Interessant waren Bennholds Ausführungen über die russischen Verhältnisse. Selbstverständlich ist es der russischen Regierung gelungen, die Förderung zu steigern. Man hat viel Energie und viele Mittel dafür verwandt. Nach Bennhold habe der russische Bergbau aber den grösseren Anforderungen nicht genügen können. Dabei machten sich Mangel an tüchtigen Bergleuten und die Neigung der russischen Bergarbeiter, die Arbeitsstelle sehr oft zu wechseln, unangenehm bemerkbar. Der Versuch, diese Unlänglichkeiten durch Einführung einer grösseren Zahl von deutschen beschäftigungslosen Bergarbeitern abzuwehren, sei kläglich gescheitert. Die Erfahrungen dieser Auswanderer, die sich im Sommer 1930 durch russische Anwerber nach dem Donez- und Uralgebiet verlocken liessen, seien denkbar schlecht gewesen. Die ihnen für Lohn, Unterkunft, Behandlung und Ausstattung gemachten Versprechungen seien nicht gehalten worden und die unglücklichen Opfer dieses Versuchs wären froh gewesen, als sie mit Mühe und Not dem russischen Elend den Rücken hätten wenden können. Russland versuche auch, seine Kohlen zu Dumpingpreisen loszuschlagen, was auf die Devisennot des Landes zurückzuführen sei. Es sei nur allzu verständlich, wenn die beteiligten Länder energisch Front gegen die Störungsversuche machten.

Im Anschluss an die Berichterstattung kam es zu einer ausgedehnten Debatte. Zunächst musste der Bericht Bennholds in einem Punkt richtig gestellt werden. Der Bericht sagt, dass die Bergarbeiterinternationale mit ihrer Forderung nach Siebenstundenschicht im Bergbau auf den nachdrücklichen Widerspruch des Internationalen Gewerkschaftsbundes gestossen sei. Schmidt vom Bergarbeiterverband unterstrich, dass der Internationale Gewerkschaftsbund mit der Forderung der Bergarbeiter durchaus einverstanden sei.

In der weiteren Debatte sprachen Martmöller und Dr. Berger vom Bergarbeiterverband, Halbfell vom Butab und Steeger von den Christlichen Gewerkschaften. Die Auseinandersetzung drehte sich um die Ursache der Kohlenkrise. Die Arbeitnehmervertreter verwiesen darauf, dass die gegenwärtige Krise im Kohlenbergbau vorwiegend strukturelle Ursachen habe. Man habe unter Aufwand grosser Kapitalmengen im Bergbau eine Heberkapazität geschaffen. Diese wirke sich jetzt aus und belaste die Produktion. Der Bergbau habe versucht, zu einem Kostenausgleich zu kommen. Dabei hätten die Unternehmer aber immer an die Lohnkosten gedacht und versucht, diese zu drücken. Hier sei man bis an die Grenze des

Aeussersten gelangt. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass der Lohnanteil ständig sinke und sich unter Vorkriegsstand abgeflacht habe. Ein weiterer Kostenausgleich sei nur möglich durch Druck auf die Kapitalkosten. Die unbeschädigte Kapazität sei zu teuer und dürfe sich nicht auf die Produktion auswirken. Die Syndikate hätten auch den Kohlenpreis um 8 bis 9% gesenkt. Im Kohlenengrosshandelsindex sei aber nur eine Senkung von 4½ Prozent eingetreten. Das beweise, dass man nicht nur in der Kohlenproduktion, sondern auch im Kohlenhandel eine unrentable Ausweitung vorgenommen habe. Demgegenüber versuchten die Kohlenhändler für die nicht genügende Preissenkung die Frachten verantwortlich zu machen, die nicht verbilligt worden seien.

Ein praktisches Ergebnis hatte die Debatte nicht und konnte sie auch nicht haben, solange die gemeinwirtschaftliche Kontrolle der Kohlenwirtschaft nicht wesentlich erweitert und gefestigt wird.

SPD. Die Deutsche Wohnstätten-Hypothekenbank A.-G., ein gemeinnütziges Unternehmen, das im Besitze des Reiches und der Länder ist, weist für das Jahr 1930 Gesamteinnahmen von 3,5 Mill. gegen 2,45 Mill. im Vorjahre aus. Entsprechend der kräftigen Geschäftsausdehnung des Unternehmens sind andererseits auch die Pfandbriefzinsen und die Zinsen für Kommunalobligationen von 1,6 auf 2,7 Mill. Mark gestiegen. Die Verwaltungskosten sanken trotz der Umsatzsteigerung von 350 000 auf 340 000 Mark. Aus dem Reingewinn von rund 532 000 gegen 409 700 Mark im Vorjahr wird wieder die Zulässige Höchstdividende von 5% gezahlt, während der restliche Reingewinn der Kapitalreserve zugeführt wird.

Der Geschäftsbericht weist darauf hin, dass sich die Befürchtungen, die zu Beginn des Jahres 1930 wegen der Fortsetzung des Wohnungsbaues aufgetaucht waren, sich glücklicherweise nicht bewahrheiteten. Der Aufschwung auf dem Pfandbriefmarkt, der erst nach dem Wahlsieg der Radikalen im Herbst stockte, ermöglichte auch der Deutschen Wohnstätten-Hypothekenbank nicht nur die endgültige Finanzierung alter Bauvorhaben durchzuführen, sondern sich auch zugleich an der Finanzierung der erst im Berichtsjahr begonnenen Bauvorhaben zu beteiligen. Dass es noch einer gründlichen Auflockerung des Kapitalmarktes bedarf, bevor sich der 7prozentige Pfandbrieftyp allgemein durchsetzt, zeigt der Hinweis im Geschäftsbericht, dass trotz des Wegfalls der Kapitalertragssteuer die Nachfrage nach dem 7prozentigen Pfandbrief des Unternehmens eine Enttäuschung war. Im einzelnen steigerte sich der Umlauf an Goldpfandbriefen von 23,6 auf 36,3 Millionen und der Umlauf an kommunalen Schuldverschreibungen von 1,7 auf 3,7 Mill. Mark. Damit hat sich also der Gesamtumlauf an Emissionspapieren bei der Gesellschaft um 14,6 auf 40 Millionen erhöht. Von dem gesamten Hypothekenbestand von 38,8 Millionen Ende vorigen Jahres entfielen 16 Millionen oder 41 Prozent auf kleine Hypotheken bis zu 20 000 Mark, ein Beweis, dass die Gesellschaft in erster Linie den Bau von kleineren und mittleren Wohnungen fördert.

SPD. Das Reichsverkehrsministerium veröffentlicht ein Communiqué, nachdem der Reichsverkehrsminister dem sogenannten Schenkervertrag die Genehmigung versagt. Das bedeutet natürlich nicht das Ende des Vertrages, für den die juristische Klärung noch aussteht.

Allem Anschein nach wird man versuchen, zu einer Kompromisslösung zu kommen.

Berliner Viehmarkt.

(27. März.)

SPD. Gesucht waren vor allem Feiertagsschweine und Osterlämmer. Hierfür liessen sich auch höhere Preise erzielen. Das Angebot an Osterlämmern war äusserst knapp. Im übrigen war der Schafmarkt gut beschickt. Die Preise gingen um 2 Pfennig, in vielen Fällen aber auch um 3 Pfennig Lebendgewicht zurück. Für Schweine setzte sich, da der Auftrieb zu wünschen übrig liess, eine Preiserhöhung von 2 und auch von 3 Pfennigen pro Pfund durch. An Kälbern war der Auftrieb knapp, was bessere Preise brachte. Auf dem Rindermarkt gab es Ueberstand. Die Preise gaben z.T. nach.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:

Kühe: a) 32 - 37 (voriger Markt 31 - 35) b) 26 - 31 (24 - 30) c) 21 - 25 (21 - 24), d) 16 - 20 (18 - 20). Kälber: b) 62 - 70 (60 - 68), c) 52 - 65 (50 - 62), d) 35 - 48 (30 - 45). Schweine: a) (über 300 Pfund) 48 - 49 (46 - 47) b) (240-300 Pfd.) 48 - 49 (46 - 47), c) (200-240 Pfd.) 47 - 49 (45 - 47), d) (160-200 Pfd.) 45 - 48 (43 - 46), e) (120-160 Pfd.) 43 - 45 (40 - 43) g) (Sauen) 42 - 43 (41 - 42).

Wieder Weizenhausse.

(Berliner Getreidebörse vom 27. März)

SPD. An der Berliner Produktenbörse kam am Freitag wieder eine ausgesprochene Haussstimmung zum Durchbruch. Insbesondere gingen die Weizenpreise sprunghaft in die Höhe. Angebot durch die Landwirtschaft ist kaum noch vorhanden, während die Mühlen bei dem wieder lebhaften Mehlgeschäft gute Kauflust zeigen. Da es nicht möglich war, den Bedarf in effektiver Ware einzudecken, traten die Mühlen auch am Markte der Zeitgeschäfte als Käufer auf, wo sich infolgedessen Preissteigerungen von 4 bis 5 Mark ergaben. Auch für Lokoware waren die Preise um 3 Mark höher. In Roggen war gleichfalls das Abgebot äusserordentlich knapp. Der Mehlmärkte zeigte wieder bessere Kauflust, speziell für Weizenmehl. Da aber die Forderungen der Mühlen vielfach um 50 Pfennige gestiegen sind, zeigten sich hier nicht viel Abschlüsse. Im Handel mit Roggenmehl herrschte grössere Unsicherheit vor, da man über die neuen Bestimmungen bezüglich der Herabsetzung der Ausmahlungsgrenze noch nicht klar sieht. Hafer war knapp angeboten. Die Forderungen waren erhöht; jedoch hielten sich die Konsumenten, wo nicht dringender Bedarf vorlag, ziemlich zurück.

27. März 26. März
(ab märkische Station i. Mk.)

| | | |
|-------------------------------|---------------|---------------|
| Weizen | 281 - 283 | 279 - 281 |
| Roggen | 183 - 185 | 182 - 184 |
| Braugerste | 228 - 238 | 226 - 236 |
| Futter- und Industrierogerste | 210 - 227 | 208 - 225 |
| Hafer | 161 - 165 | 159 - 163 |
| Weizenmehl | 34,50 - 40,50 | 34,25 - 40,25 |
| Roggenmehl | 25,75 - 29,50 | 25,50 - 29,00 |
| Weizenkleie | 13,30 - 19,60 | 13,30 - 13,60 |
| Roggenkleie | 12,70 - 12,90 | 12,60 - 12,85 |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 300-302 (Vortag: 298)

Mai 303½-305 (299½), Juli 304-304½ (300) Roggen März 199-201 (197), Mai 200 bis 199½ (199), Juli 197½ (198). Hafer März - (169), Mai 180 (178½) Juli 189 (186½).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 27. März 1931.

Die Dame und der Bettler.^x

SPD. Obgleich noch eine ganze Anzahl Tische unbesetzt war, hatte sie an dem unsern mit freundlichem Lächeln Platz genommen. "Man hört hier die Musik so schön", sagte sie, und, als wir nichts erwiderten: "Ausserdem sitze ich nämlich hier immer".

Der Keller hatte ihre Bestellung angenommen und kehrte nun mit einer Portion Kaffee und einem Kuchenteller, auf dem diverse Tortenstücke in einem gewaltigen Schlagsahnenberge versanken, zurück. Sie bemerkte unser Lächeln. Ihre kleinen, wohlgepolsterten Finger liessen den Löffel los. "Ja, meine Herren, das leiste ich mir zuweilen. Es ist aber auch Selbstverdientes, womit ich's bezahle." Wir hatten keinerlei Neigung, in ein Gespräch mit der Dame zu kommen, aber trotz unsres Schweigens fuhr sie fort: "Wissen Sie: wie ich mir das verdiene, das könnte jeder tun. Also es kommen doch so viele Bettler jetzt, nicht wahr? Also zu uns immerfort. Einmal hab' ich etwas gegeben, voriges Jahr, und der Mann muss es dann allen andern weitergesagt haben. Denn mein Mann sagt, die Bettler sind alle organisiert. Und nun klingelt's bei uns jeden Tag. Dann seh' ich durch das Loch an der Tür, und wenn's ein Bettler ist, dann mach' ich erst garnicht auf, nicht wahr? Aber dann steck' ich jedesmal 5 Pfennige in ein Sparsäckchen. Und wenn's ein alter Mann ist, der draussen steht, so einer, wissen Sie, der einem eigentlich leid tun könnte, dann steck' ich 10 Pfennig rein. Also das Geld ist dann einfach nicht mehr da. Das ist so fort, als wenn ich's wirklich gegeben hätte. Wenn dann die Büchse voll ist, dann leist' ich mir mal was Gutes. Es ist doch selbstverdient, nicht wahr?" - Sie tupfte mit einem zarten Tüchlein etwas Sahne aus dem Mundwinkel und sah uns erwartungsvoll an. Wir antworteten noch immer nicht. Sie schien unser Schweigen misszuverstehen. Die Musik spielte den Marsch aus "Rienzi". Ihre fettig-freundlichen Züge verklärten sich. Sie schob den Rest der Nusstorte in den Mund. "Ach, ich schwärme für Wagner. Mein Mann sagt immer: Ehrt eure deutschen Meister!"

In diesem Augenblick schob sich eine wunderliche Gestalt durch die Drehtür des Cafés. Es war ein kleiner, ausgemergelter Mensch, mit einer Haut, die wie abgeschabtes Leder glänzte, mit einer Stahlbrille vor den grossen, dunklen Tieraugen und mit Händen, die wie eines Blinden Hände in den Raum tasteten. Er näherte sich unserm Tisch. Plötzlich aber blieb er stehen. Seine Augen weiteten sich angstvoll; er starrte, ohne zu weichen, auf den Kellner, der mit grossen Schritten vom Buffet heraneilte. Unsre Tischnachbarin hatte den Vorgang mit ihren blanken Vogelaugen genau beobachtet. Hastig nestelte sie an ihrem Handtäschchen, und als der Kellner unsern Tisch passierte, rief sie ihn an. "Geben Sie das dem Mann", sagte sie. Der Befrackte bremste. Auf der Marmorplatte lag, diskret gefaltet, aber doch deutlich erkennbar, ein Zehnmarkschein. "Irren gnädige Frau auch nicht?" Mit strahlendem Lächeln schüttelte sie verneinend den Kopf. Der Kellner nahm den Schein, war in zwei Schritten bei der schabigen Gestalt und drückte die Banknote in die vorgestreckte, wie ein verdorrtes Blatt an dürrem Aste schwankende Hand. Wortlos, seine Augen starr auf die Geberin gerichtet, schritt der Beschenkte rückwärts zur Tür, deren gläserne Flügel ihn hinausschaufelten, wo die dunkle Nässe der Strasse ihn sogleich aufzog.

Kaum war er verschwunden, als unsre Nachbarin trotz der feierlichen Musik

ihres Lieblingskomponisten in lautes Gelächter ausbrach. "Das war die Strafe, die gerechte Strafe!" rief sie ein über das andere Mal, während immer wieder kleine Lachwellen sie am Sprechen hinderten. Wir verstanden sie nicht.

"Also, Sie wissen nicht...? Also, meine Herren, also der da, der eben, das war nämlich derselbe dem ich mal etwas gegeben habe. Genau hab' ich ihn wiedererkannt. Also wissen Sie, der's dann all den andern weitergesagt hat, der ganzen Organisation, dass sie bei mir betteln sollen, der war das!" Wir verstanden noch immer nicht. "Nun", sagte ich, "dann haben Sie ja glühende Kohlen auf das Haupt dieses Sünders gelegt!"

Sie lachte wieder. "Nicht wahr, glühende Kohlen! Der wird Augen machen! Also nicht einmal der Ober hat gemerkt, dass der Schein falsch war."

"Falsch?"

"Natürlich, Haben Sie es auch nicht gesehen? Also hier..." - sie hatte ihre Handtasche erneut geöffnet. - "In der Drogerie hab' ich's zubekommen. Ein ganzes Bündel. Sehen von vorn aus wie echte, nicht wahr?" Sie wendete einen der Reklamescheine. Auf seiner Rückseite war zu lesen, dass der Käufer bei Einkauf einer bestimmten Paste Unsummen zu sparen in der Lage sei. "Ist es nicht eine fabelhafte Reklame?" fragte sie.

Wir zahlten. Als der Kellner mit uns abgerechnet hatte, liess die Dame ihren Teller fortnehmen. "Ober, nun bringen Sie mir ein Fürst-Pückler, aber mit extra Sahne!"

Die Musik spielte "Lohengrin". Ihre Augen schmachteten den Kapellmeister an; so merkte sie garnicht, dass wir grusslos gingen. Roland Marwitz.

Der Föhn.^x

SPD. Die Frühjahrsskitouren in den Alpen werden mit Recht immer beliebter, und es kann in der Tat nichts Gesünderes, Schöneres, Eindruckvolleres geben, als herrliche Sonnentage in verschneiten Bergen. Die Tage sind lang und warm, aber es ist doch nicht immer Sonne. Und nichts ist gefährlicher als ein plötzlicher Wetterumschlag, wenn man sich sorglos auf eine grössere Bergtour begeben hat. Von einem solchen Erlebnis will ich erzählen:

Wir waren zwei Männer und eine Frau, dazu ein Bergführer. Langsam krochen wir in der Morgendämmerung von der Hütte aus über den grossen Gletscher, den wir noch passieren wollten, bevor die glühenden Sonnenstrahlen uns erreichten. Mit langen Schritten gleiten die Skier schnell durch den hartgefrorenen Schnee. Vor mir gehen der Führer und die Frau, dann kommen wir beiden anderen; alle aber sind wir durch das schützende Seil gegen die Gletscherspalten, die unter der Schneedecke verborgen klaffen, gesichert. Während die Sonne immer höher steigt und die Schatten der Berge immer kleiner werden, erreichen wir das Ende, steigen dann noch ein Stück mit angeschnallten Seehundsfellen steil bergan und lassen dann die Bretter und Rucksäcke zurück, um den Rest bis zum Gipfel über vereiste Feldwände emporzuklettern. Oben überrascht uns ein selten klarer Ausblick. Viele Kilometer weit reihen sich Gipfel an Gipfel, in der Sonne glitzern und gleissend. Doch über die scharfen Gratwände wehen lange weisse Fahnen, wie der Bergsteiger sagt. Das bedeutet Sturm, der über die Höhen fegt und den Schnee aufwirbelt. Bald hat er auch uns erreicht und lässt uns im Nu nach der vorher grossen Hitze vor Kälte erstarren. Und im Süden steigt eine dicke, dunkle Wolkschicht auf. Einzelne Fetzen werden schon davon losgetrennt und verdunkeln die Sonne. Der Führer befiehlt schnellsten Aufbruch. "Das ist ein gewaltiger, kommender Föhn", sagt er, "wir müssen vor allen Dingen vorher unsre Rucksäcke erreichen."

Beim Abseilen auf halber Höhe kommt der erste Ansturm: dichter Nebel und Schneetreiben verhindern jede Sicht, auch nur für einige Meter. Wir müssen war-

ten. Schon fangen Hände und Ohren an zu erstarren; da kommt nochmal ein heller, blauer Flock durch, und gerade beim Einsetzen des nächsten Unwetters erreichen wir noch den Platz am Fusse der Felswand, wo Skier, Pickel und die Rucksäcke mit Zelt und Proviant liegen. Nachdem wir über eine halbe Stunde umsonst Aufklärung erwartet haben, bleibt uns nichts anderes übrig, als in den Schneemassen ein Stück auszugraben und das Zelt aufzuschlagen. Mit dem Spirituskocher erreichen wir darin bald eine angenehme Wärme, und jeder schlüpft in den schützenden Schlafsack. So mussten wir noch den ganzen Tag und die kommende Nacht verbringen, während draussen ein furchtbarer Wind heulte und sich bald eine meterhohe Schneedecke an allen Seiten auftürmte. Das war unsre Rettung, denn sonst wäre das Zelt sicher bald weggeflogen. Hätten wir aber unsre Ausrüstung nicht mehr erreicht, so wäre uns ein Tod durch Erfrieren an der steilen, ungeschützten Felswand sicher gewesen. Auch jetzt war die Sache noch nicht ohne Gefahr. Wir hatten nur wenig Proviant und vor allen Dingen sehr wenig Brennstoff. Mit Pfeifenrauchen, Singen und Geschichten erzählen suchten wir die lange, quälende Zeit totzuschlagen. Um drei Uhr nachmittags ist es schon stockfinster, und in wildem Tanze kreisen die Schneeflocken um unsere kleine Behausung.

Der nächste Morgen bricht wieder so klar und rein an, als wäre es nie anders gewesen. Wir graben uns aus den riesigen Schneemassen aus, und jetzt beginnt der noch ebenso gefährliche Rückzug. Durch den starken Schneefall ist die Lawinengefahr an den Steilhängen sehr gross geworden. So weit voneinander entfernt, wie es das Seil erlaubt, gehen wir möglichst in der Mitte des Gletschers entlang. Es weht ein leichter, lauwarmer Wind, und sobald die Sonne hochgekommen ist, brechen die ersten Schneemassen an den Gratwänden ab und stürzen mit donnerndem Krach in die Tiefe, alles mitreissend, was sich ihnen in den Weg stellt. Endlich erreichen wir wieder die Schutzhütte, wo man uns schon seit Stunden sehnlichst erwartet und bereits den Gedanken einer Hilfsexpedition in Erwägung gezogen hatte. Doch es war ja fast ausgeschlossen, jetzt überhaupt etwas zu unternehmen. Das ganze Haus war vollgepropft mit Touristen, und keiner konnte hinaus, denn überall lauerte der tückische Hochgebirgstop, dessen lakonischer Bericht meist lautet: "Eine Gruppe Skiläufer wurde von einer Lawine verschüttet. Die nachfolgende Rettungsexpedition konnte nur noch die Leichen bergen."

Und im Tale.

Der Fichtl-Bauer sah besorgt aus dem Fenster des Wirtshauses und sagte schliesslich zu dem dicken Toni: "Wahrhaftig, es kommt Föhn. Mein Gott, ich muss nach meinem Vieh schauen." Hastig verlässt er die Wirtsstube. Während er auf der Strasse nach seinem weit draussen gelegenen Hofe schreitet, erreicht ihn schon der erste Ansturm. Die hohen Tannen biegen sich, als wären sie aus Gummi, und dichter Hagel und Regen schlägt ihm ins Gesicht. Ihm war heute so wohl, und doch lauerte hinter ihm immer etwas Entsetzliches. Jetzt weiss er: es war der Föhn, der ihm in den Knochen gesteckt hat. Er hat ihn am meisten zu fürchten in seinem draussen an den Lawinenhängen gelegenen Hause, und das hat ihn schon manches Stück Vieh gekostet. Schon von weitem hört er das ängstliche Brüllen der Tiere. Er befiehlt seinem Knechte, heute nichts ins Dorf zu gehen, sondern bei dem Vieh in den Ställen zu bleiben und die Ketten loszumachen. Dann setzt er sich in die Wohnstube, steckt sich eine Pfeife an und fasst seine Sorgen in einem Stosseufzer zusammen: "Heilige Mutter Maria, verschone mich dieses Mal!" Der Wind poltert durch die Dachluken, und die Fenster zittern. Dann kommt die lange Nacht.

Gegen Morgen wacht der Bauer durch ein furchtbares Getöse auf, erst ein weit entferntes Gepolter; doch da hört er schon, wie die schützenden Bäume am Berge krachen. Gleich darauf klirren die Fenster; er spürt einen scharfen Luftzug; dann ist es totenstill. Er stürzt mit der Windlaterne hinaus, kommt aber nur ein paar Schritte vorwärts: da liegt schon das Ende der Lawine vor ihm. Seine sämtlichen Stallungen müssen verschüttet sein. Leise kommt auch ein Gemurmel von sterbendem Vieh aus dem schrecklichen Dunkel. Voller Angst läuft

er ins Dorf, um seine Nachbarn zu holen, die das schreckliche Getöse schon gehört haben und aufgeregt auf der Hauptstrasse herumlaufen. "Es hat schon wieder den Fichtl-Bauer erwischt", flüstern sie, als sie den Armen ankommen sehen.

Der anbrechende Morgen offenbart einen riesigen Trümmerhaufen. Nur einige Tiere hatten sich rechtzeitig ins Freie retten können. Wenige Schritte weiter, dann wäre auch das Wohnhaus noch der Lawine zum Opfer gefallen.

Bei den Ausgrabungen findet man die Leiche des treuen Knechtes und die einer Magd aus dem Dorfe. Der so süß ins Blut dringende Föhn hatte sie zusammengebracht und vernichtet.....

Karl Moeller.

Ostergedanken.X

Immer sind wir wie die Erde,
und wir wissen vom Geschehen;
und wir werden aus Beschwerde,
aus der Mühe auferstehen,

Werden unserm Tagesbogen
neue, helle Sonne geben,
denn in uns ist aufgesogen
aller Wesen starkes Leben.

Alle Last wird von uns fallen,
Alle Not wird sich verklären,
und die Sonnengunst wird allen
ihre Weltenweisheit lehren.

Wie das Gras und wie die Blume
die vollkommenheit verschwenden,
wächst das Werk, der Zeit zum Ruhme,
aus den schwielenharten Händen.

Neues Walten, Neugestalten,
das ist unser Zeitgeschehen,
wenn wir aus dem Schutt des Alten
sonnengläubig auferstehen!

Alfred Thieme.

Ostern.X

SPD. Im alten Island hatte man eine eigene Jahresrechnung. Dabei wurde das Jahr zu 364 Tagen gerechnet und in einem bestimmten Zyklus alle fünf bis sechs Jahre eine ganze Schaltwoche zugesetzt. Bei dieser Zeitrechnung, die aus dem julianischen Kalender stammte, handelte es sich um den sehr geschickten Versuch, für das verkehrtsarme Island das Finden des Ostertermins zu vereinfachen, indem auf diese Weise das Jahr immer mit dem Sonntag begann und statt der anderswo möglichen 35 Ostertermine deren nur noch fünf möglich waren. Das Ganze zeigt aber, welche Bedeutung man dem Osterfeste beilegte, weil Ostern nicht etwa vom christlichen Glaubensstandpunkt aus wichtig war, sondern weil es zugleich das Frühlingsfest war. Dafür spricht schon allein der Umstand, dass kein anderes heute noch vorhandenes Fest seinen Namen aus germanischer Zeit herleitet ausser dem Osterfeste.

Wenn auch der alte Angelsachse Beda für die Erklärung dieses Namens auf eine angeblich vorhandene germanische Göttin Ostara zurückgreift - eine Göttin die sich bisher nicht hat nachweisen lassen -, so ist doch viel vorsichtiger die Ableitung aus einem Worte Eostre, das die Zeit bezeichnet, wo die Sonne gerade über dem Ostpunkte des Horizonts aufgeht. Das ist eine ähnliche Ableitung wie sie sich im Jüdischen beim Worte Passah (Pesach) findet. Hierfür spricht manches andere: Um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts wettete der gewaltige Franziskaner Landprediger Bruder Berthold von Regensburg von einer grossen Linde herab gegen die noch vorhandenen germanischen Götzen. Zwar glaubt er selber noch an Werwölfe, und die alten Götter hält er für einst wirkliche heroische Menschen oder für noch wirklichere Dämonen. Aber zu den alten bayrischen Götzen rechnet er auch eine Göttin Astaroth, als ob er mit diesem Worte eine deutsche Ostara meine. Der gute Berthold von Regensburg ahnt nicht mehr, dass diese Ostara nichts anderes ist als die Zeitangabe, an der, wie oben gesagt, die Sonne gerade im Ostpunkte des Horizonts aufging. Damit haben die Germanen keine Ausnahme von allen anderen Völkern gemacht, die diesen Zeitpunkt als besonders wichtig betrachteten und ihn als Frühlingsfest mit grösster Feierlichkeit begingen. War die Wiederkehr des Frühlings doch für diese primitiven Völker die Erneuerung alles wirtschaftlichen Lebens und dadurch einer Volksfeier würdig. Was Wunder, wenn man diesen Tag einer Frühlingsgöttin weihte! Beda, der alte Angelsachse, nennt sie Eostra. Es ist aber vollkommen abwegig, annehmen zu wollen, dass den Germanen diese Eostra die Auferstehungsgöttin gewesen sei.

Das ändert freilich nichts an der Tatsache, dass man heute noch in gewissen Gegenden von einer Osterjungfrau redet, die man auch Flachs- oder Schlüsseljungfer nennt, und über die zahlreiche Sagen durch die Lande laufen. Wenn auch von allen den vielen früheren Ostersagen sich nur ganz wenige erhalten haben, wie z.B. die, dass am Ostertage in der Zeit von 11 bis 12 Uhr sich das Wasser in Wein verwandele, so lebt doch in weiten Gegenden die Erzählung von dem Wunderpalast der Osterjungfrau. Nur alle sieben Jahre schimmert er in Gold und Silber, und im Frühjahre sehnt sich die Göttin aus ihrem goldenen Gefängnis hinaus. Badend und sich kämmend erscheint sie bei warmem Sonnenschein auf der Erdoberfläche, und erlöst zu werden. Aber wer sie erlösen will, der muss Mut und Besonnenheit besitzen. Da wird in den Märcen von einem Schäfer berichtet, der eine blaue Blume fand, die, als er sie gepflückt hatte, gewaltig zu läuten begann. In dem Berge, vor dem er sie gefunden hatte, öffnete sich ein gewaltiges Tor; er trat ein und sah vor sich lauter Gold. Er raffte zusammen, soviel er fassen konnte, hörte aber nicht auf den Ruf: "Vergiss das Beste nicht" Und kaum war er wieder aus dem Tor getreten, da schlug es hinter ihm zu; er hatte nichts von dem Golde der Jungfrau behalten. Sie gar zu befreien, erfordert das Ueberstehen gewaltiger Todesnöte. Ohne zu sprechen, muss der junge Mann die Jungfrau dreimal küssen. Gefährliche Hunde und Schlangen umgeben sie und hüten ihren Schatz. In den meisten Fällen gelingt es dem Wagemutigen, der zu Erlösenden zwei Küsse zugeben; beim dritten Versuch entfällt ihm vor der Gefahr der Mut, und schon ist die Verzauberte verschwunden. Niemand hat ihr die ersehnte Erlösung bringen können.

Es ist bezeichnend, dass fast die gleichen Sagen sich auch um die indische Frühlingsgöttin gruppieren, und sogar der Name ist bei den Indern wie bei anderen Völkern ähnlich. Die Inder nennen diese Frühlingsgöttin Ushas, die Litauer Auszra, die Griechen Eos, die Römer Aurora, und bei allen bedeutet dieser Name "die Leuchtende"; sie ist gleichzeitig die Göttin der Morgenröte. Ebenso wie die indische Göttin Ushas sich zu einer Göttin des Frühlingslichtes erweiterte, so konnte auch die deutsche Ostara zu einer Frühlingsgöttin werden. Und, wie gezeigt, fehlt's nicht an schönen Sagen zu Ehren dieser Göttin. Damit im engsten Zusammenhange stehen die Zeichen der Fruchtbarkeit, die man der Göttin widmet, die Ostereier, und damit ebenso im Zusammenhange die Weihe des ersten frischen Grüns, des neu erwachenden Lebens, damit auch

das Schmackostern, der Schlag mit der Lebensrute.

Dass sich herzlich wenige alte Frühjahrsbräuche erhalten haben, hat seinen Grund darin, dass gerade bei der auf diesen Termin verlegten christlichen Osterfeier allerlei Kirchengebräuche sich stärker durchsetzten und die heidnischen Bräuche verdrängten. Was noch blieb, das bezog sich meist nur auf das erste Grün, die Ostereier und den Segen auf Haus, Feld, Wiese und Vieh. Hier und da auch auf die Menschen und das neue Licht.

Dr. K. Müller.

Das Fest der Gesellschaftserneuerung.

SPD. Das christliche Osterfest ist hervorgegangen aus alten Frühlingsfesten. Denn der Mensch war von Anfang an ein Geschöpf der Natur. Er war von ihr in einem Masse abhängig, wie wir uns das heute kaum noch vorstellen können. Das Christentum hat dann die Frühlingsfeste ins Jenseitige gehoben; sie wurden zum Auferstehungsfest. Die Auferstehung der Toten oder, modern ausgedrückt, die Unsterblichkeit, trat in den Vordergrund. Allerdings wurde zugleich der Blick ins Diesseits betont, der Gedanke der Erneuerung der Menschheit, der ständigen Neugeburt. Doch auch die protestantische Kirche blieb zu sehr bei der Erneuerung der einzelnen Personen stehen. Sie stellte den Menschen zu unabhängig von seiner Umgebung und den materiellen Verhältnissen.

Da ist nun der Sozialismus in die Lücke getreten und hat den Menschen geradezu zum Produkt der Verhältnisse erklärt. Wir Sozialisten wollen die Gesellschaft erneuern und neue Grundlagen für das Zusammenleben der Menschheit schaffen, damit der einzelne Mensch davon getragen wird und auch als Persönlichkeit ein neues, starkes Innenleben führen und ein wirklicher Kulturmensch werden kann.

Das ganze Wirtschaftsleben des Kapitalismus ist ein Widerspruch gegen wahre Religion und wahre Kultur zugleich. Der Kapitalismus beruht auf der Profitgier, wie selbst der bürgerliche Nationalökonom Sombart anerkannt hat. Der Profitgierigste und der Raubsüchtigste, der möglichst frei von Moral, Bedenken und Gemüt ist, unterdrückt die Mitmenschen, die ein engeres Gewissen haben, nicht so raffsüchtig sind und sich mehr gemeinnützig betätigen wollen. Ist ein Unternehmer in einem Syndikat, hält aber die Syndikatspreise für wucherisch und setzt sie für seine Produktion herunter, so kann er sicher sein, in schwere Konventionalstrafe genommen und schliesslich wirtschaftlich niedergedrückt zu werden. Der Kapitalismus hat die Technik entwickelt und die Leistungsfähigkeit der Muskeln und Gehirne gesteigert. Aber die Instinkte der Sympathie und die Empfindungen für Gemeinnützigkeit und Menschenliebe sind darunter verdorrt und erstickt. Heute sind wir so weit, dass wir in einigen Gegenden der Welt an einem Ueberfluss der Erzeugnisse leiden, weil die Verteilung vernachlässigt und in Unordnung geraten ist. Volk und Menschheit gleichen einem Körper, bei dem die einzelnen Glieder auseinander streben und jeder für sich sorgt, anstatt eine Harmonie zu entwickeln.

Wir brauchen deshalb eine Stärkung der Triebe, die die Menschen zur Nächstenliebe und Gemeinnützigkeit anregen. Wir bekommen eine ganz andere Wirtschaftsweise, eine ganz andere Art, zu arbeiten und zu schaffen, wenn der Grundsatz der Menschenliebe und der Gemeinnützigkeit zum leitenden Grundsatz unseres Lebens wird. Dann denken wir nicht allein daran, Waren herzustellen, gleichviel für wen und wozu und wieviel. Dann sorgen wir mehr dafür, dass wir jedem die nötigsten Bedürfnisse befriedigen und jedem zum wahren Menschsein verhelfen. Dann erst zeigt die Arbeit ihr schönstes Antlitz, weil wir wissen: sie wird in jedem Falle Freude bereiten. Dann wird man nicht mehr jammern, gut Wetter könnte die Ernte zu reichlich ausfallen lassen und die Preise verderben. Dann wird man nicht mehr mit Reis die Lokomotiven heizen und den Kaffee ins

Meer werfen. Sondern dann weiss man, jede Arbeit ist ein wärmender und leuchtender Sonnenstrahl für andre. Dann ist die Arbeit kein Fronden mehr, sondern das Regender Hände ist dann so selbstverständlich wie das Plätschern der Quelle und das Jubilieren der Lerche. Dann wird man auch zur höchsten Aufopferung fähig sein.

Wenn der Frühling kommt, regen sich alle Keime, entwickeln sich überall Triebe, sprossen die Blätter und schwellen die Knospen. Nun soll auch der Wille neu hervorsprossen für die neue Gesellschaft: Das eisige Wüten des Kapitalismus soll verschwinden; seine kalte Herzlosigkeit muss gebrochen werden. Die Herzensverhärtung aller kalten und berechnenden und bequemen Menschen muss weichen vor dem Frühlingsjauchzen, mit dem der Riese Proletariat anstürmt gegen den lügnersischen Gewaltgötzen der Nazi, der Wölfe in Schafskleidern, und gegen den Zuchtmeister des Kapitalismus, der mit seinen Fesseln den arbeitenden Schichten den Zugang zu einem frohen Leben in Licht und Sonne versperrt.

Regen sich nicht in jedem einzelnen von uns neue Frühlingskräfte? Gerade wo bei der gewaltigen Arbeitslosigkeit der Kapitalismus zeigt, dass er völlig ratlos ist, da gilt es die Kräfte zu verdoppeln. Das Proletariat ist die Masse. Das Proletariat ist unüberwindlich. Mit jedem Frühlingszauber holt es auch dem tiefem Borne neuen Werdens unendliche Kraft und holt aus zum entscheidenden Schlage.

Pfarrer Kötzschke (Prösen).

Kunstaussverkauf.

SPD. Seit einiger Zeit häufen sich in Berlin die Auktionen von Kunstsammlungen. Unter ihnen war die in diesen Tagen versteigerte Sammlung des Barons Erich von Goldschmidt-Rothschild von aussergewöhnlichem Werte. Was da an Gemälden, Möbeln, an Schmucksachen, Stoffen und an Porzellan zusammengebracht war, bedeutete erlesenste Qualität. Am auffallendsten aber waren die herrlichen Farbstiche aus dem 18. Jahrhundert. Die deutsche Graphik ist damals von den Nachbarländern weit überholt worden. Es ist kein Zufall, dass gerade die Manufakturperiode die handwerkliche Technik auch auf dem Gebiete der bildlichen Reproduktion aufs höchste steigerte. So war denn auch wie jeder andere kunstgewerbliche Zweig der Kupferstich in Paris heimisch. Deutsche Künstler wie der Berliner Georg Friedrich Schmidt und der Hesse Georg Wille haben sich in der französischen Hauptstadt niedergelassen, wo Janinet mit mehreren Platten übereinander glänzende Farbenwirkungen hervorbrachte. Noch erstaunlicher sind die Werke, die auf dem Gebiete des farbigen Kupferstichs in England hervorgebracht worden sind. Man kann angesichts der Blätter von Bartolozzi, einem eingewanderten Italiener, aber auch der englischen Meister George Morland, Raphael Smith und vor allem James Ward, nur wieder einmal schleunigst die altergebrachte Meinung, dass England künstlerisch unfruchtbar gewesen sei, korrigieren. Nicht umsonst werden diese englischen Farbstiche, die dergleichenzeitigen Gemälden an Feinheit der Abtönungen weit überlegen sind, mit Gold aufgewogen. Die Preise für diese Blätter, die auch inhaltlich, als Schilderungen bürgerlichen und bäuerlichen Lebens, oft sogar, wie bei Rowlandson, mit einer sozialen, satirischen Note, sehr interessant sind, schwankten bei der Auktion zwischen 2000 und 15 000 Mark.

Den gleichen französischen und englischen Stechern begegnen wir in noch reicherer Auswahl bei Börner. Dieser Leipziger Kunsthändler, Spezialist für Graphik, der auf der Auktion Goldschmidt zwei französische Gemälde für zusammen 107 000 Mark erstand, hat, nur vorübergehend und deshalb wenig beachtet, in einem Hotel Unter den Linden seine Schätze ausgebreitet, die am 27. April versteigert werden sollen. Das fängt mit mittelalterlichen handkolorierten Holzschnitten an und geht über Dürer und Rembrandt zum 18. Jahrhundert. Was an

den Wänden nicht Platz hatte, ist in Mappen enthalten. Es sind auch unvergleichlich schöne Handzeichnungen dabei, wie man sie in der Wiener Albertina nicht besser findet. Viele Niederländer und Franzosen. Selbst Rembrandt und Rubens fehlen nicht. Vor dem Rokoko gehen einem schier die Augen über. Diese Kostbarkeiten stammen aus der - Eremitage in Leningrad und werden von der Sowjetregierung zu Gelde gemacht. Schon einmal, vor einem Jahr, hat Börner in Leipzig Blätter aus der Eremitage versteigert und der Berliner Kunsthändler Lepke historisches Mobiliar. Also auch in Russland ist grosser Kunstausverkauf....

Hermann Hieber.

SPD. Merkwürdiges von den Marsmonden.^x Zwei sehr schöne und helle Sterne sind gegenwärtig nach Eintritt der Dunkelheit hoch am Abendhimmel zu beobachten die durch ihr ruhiges Licht auffallen. Es sind zwei Planeten: der hellgelb leuchtende Jupiter und der rötlich leuchtende Mars. Der Mars steht in unmittelbarer Nähe der Zwillinge Kastor und Pollux. Bei dieser Gelegenheit ist es auch von Interesse, einige merkwürdige Tatsachen der beiden Marstrabanten etwas näher zu betrachten. Erst seit etwa einem halben Jahrhundert sind diese Monde der Wissenschaft bekannt, denn sie wurden im August des Jahres 1877 auf der Washingtoner Sternwarte von dem Astronomen Asaph Hall entdeckt. Beide sind nur unter günstigen Umständen in den grössten Fernrohren zu sehen. Den Durchmesser des Phobos schätzt man auf 16 Kilometer, und den Durchmesser des Deimos auf 58 Kilometer. Es sind also nur ganz unscheinbare Weltkörperchen. Ausserst merkwürdig ist es, dass sie dem Mars so nahe sind und deshalb den Planeten in sehr kurzer Zeit umkreisen. Phobos, der nächste Mond, ist von der Marsoberfläche nur 5900 Kilometer entfernt und gebraucht zu einem Umlaufe nur etwas mehr als $7\frac{1}{2}$ Stunden. Deimos befindet sich in einem Abstände von etwa 23000 Kilometer von der Oberfläche des Mars und umkreist diesen in etwa $30\frac{1}{4}$ Stunden. Eventuelle Marsbewohner würden den Phobos trotz seiner geringen Ausdehnung ungefähr ebenso gross sehen, wie uns unser Mond erscheint, wegen des grösseren Abstandes des Mars von der Sonne allerdings nicht so hell. Deimos würde nur die Helligkeit haben wie bei uns der Morgen- und Abendstern, die Venus. Die Bahnen der beiden Marsmonde sind fast vollständig kreisförmig und nur wenig gegen den Marsäquator geneigt. Von den Monden aus gesehen würde der Mars einen wunderbaren Anblick bieten. Vom Deimos aus sieht man den Mars als eine 32 mal grössere Scheibe als den Erdmond von der Erde. Vom Phobos aus gesehen sieht man den Marsdurchmesser gar 82 mal so gross, wie wir den Monddurchmesser sehen! Und diese Miniaturweltkugel ist von der Marsoberfläche ungefähr ebenso weit entfernt wie Paris von New York.

SPD. Interessante Unterhaltung.^x Zwei Herren hatten im Kaffeehause Bekanntschaft geschlossen. Der eine, ein begeisterter Cricketspieler, erzählte dem anderen drei Stunden lang von seinen Sporterfahrungen. Der andere Herr hörte geduldig drei Stunden lang zu, ohne ein Wort zu sagen. Schliesslich fragte der Cricketfanatiker: "Aber ich langweile Sie doch hoffentlich nicht mit meinen Erzählungen?"

"Durchaus nicht", war die freundliche Antwort, "nur sagen Sie mir mal: Was ist eigentlich Cricket?"

SPD. Gefächelttes Feuer taugt nicht; erzwungene Liebe dauert nicht.
Schottisches Sprichwort.